



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA

Bettina Sabara: Die Folgen eines vorzeitigen Austritts

3

Endet das Arbeitsverhältnis durch einen vorzeitigen Austritt des Arbeitnehmers, stellt sich die Frage, welche Ansprüche dem Arbeitnehmer noch zustehen und welche nicht. Im Fall eines unberechtigten vorzeitigen Austritts ist es für den Arbeitgeber außerdem wichtig zu wissen, welche Ansprüche er dem Arbeitnehmer gegenüber noch geltend machen kann. Der Beitrag gibt eine Übersicht über die dem Arbeitnehmer allenfalls zustehenden Ansprüche und mögliche Forderungen des Arbeitgebers.

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

Entgeltanspruch eines Betriebsratsmitglieds trotz Entlassung	8
Betriebsrat: Mandatsschutz trotz Weitergabe von Gehaltsdaten?	9
Täuschung über geleistete Arbeitszeit durch BR-Mitglied – Entlassung	9
Unzulässige Beschränkung der Betriebsratsstätigkeit durch Entziehung von Sachmitteln	10
Prüfungsschema bei Anfechtung einer Betriebsratswahl	11
Kündigung einer Betriebspensions-BV bei Betriebsübergang	12
Unwirksame Betriebsvereinbarung bei Tyrolean Airways	14

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Mitwirkungspflicht des Versicherten zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit	14
Anzahl der freien Stellen im Verweisungsberuf unerheblich	15
Keine Berücksichtigung selbstständiger Tätigkeit für Invaliditätspension	15
Triebwagenführer kein angelernter Beruf	16

» LOHNSTEUER UND ABGABEN

Dienstgeberbeitrag – Arbeitgeberstellung des Bundes bei Ausgliederung	16
Geschäftsführerhaftung bei fehlender monatlicher Aufgliederung	17
Geschäftsführerhaftung für Anzeigenabgabe	17
Geschäftsführerhaftung für KommSt – Gläubigergleichbehandlung	17
Geschäftsführerhaftung – Beweisvorsorge	17
Umsatzsteuerliche Liebhaberei bei „kleiner Vermietung“	18
Reitstall – keine Liebhaberei	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19

ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN

Entgelt bei Teilzeitbeschäftigung und pro-rata-temporis-Grundsatz DIETER WEIß zu EuGH vom 5.11.2014, C-476/12, <i>ÖGB</i>	223
Voraussetzungen des Ausschlusses von Ausländern von Sozialleistungen FRANZ MARHOLD zu EuGH vom 11.11.2014, C-333/13, <i>Dano</i>	228
Altersdiskriminierung bei der Bestimmung des Vorrückungstichtages WALTER SCHRAMMEL zu EuGH vom 11.11.2014, C-530/13, <i>Schmitzer</i>	232
Einkünfte aus einer Beschäftigungstherapie und Ausgleichszulage WALTER J. PFEL zu OGH vom 15.7.2014, 10 ObS 67/14x	238
Betriebsbegriff – Betriebsstättenstandort KLAUS FIRLEI zu OGH vom 22.7.2014, 9 ObA 51/14m	243
Verstoß gegen die Ausschreibungspflicht ANDREAS KLETEČKA zu OGH vom 25.8.2014, 8 ObA 10/14z	247
Arbeitskräfteüberlassung und betriebliche Entgeltregelungen ELIAS FELTEN zu OGH vom 25.8.2014, 8 ObA 50/14g	250
Datenübermittlung an den Betriebsrat WOLFGANG GORICNIK zu OGH vom 17.9.2014, 6 ObA 1/14m	255
Kein Ausbildungskostenrückerersatz bei Austritt wegen Mutterschaft MICHAEL RÜCK zu OGH vom 29.9.2014, 8 ObA 57/14m	260
Arbeitskräfteüberlassung: Dienstgeberhaftungsprivileg des schädigenden Beschäftigers auch gegenüber Überlasser WOLFGANG FABER zu OGH vom 23.10.2014, 2 Ob 73/14w	265
Dynamische Verweisung im KollV als vertragliche Einräumung eines Gestaltungsrechts an Dritte MARTIN RISAK zu OGH vom 29.10.2014, 9 ObA 157/13y	269
Lehr- und/oder Erziehungskräfte vom Anwendungsbereich des AZG ausgenommen? FRIEDRICH STEINER zu OGH vom 29.10.2014, 9 ObA 91/14v	275
Motivkündigung wegen Geltendmachung der Fürsorgepflicht bei Mobbing THOMAS MAJOROS zu OGH vom 25.11.2014, 8 ObA 53/14y	280
Keine Anwendung des BUAG auf Eisenbieger in der Fertigteileproduktion CHRISTOPH WIESINGER zu OGH vom 27.11.2014, 9 ObA 120/14h	285

BUCHBESPRECHUNGEN

<i>Burger-Ehrnhofer/Drs</i> Beendigung von Arbeitsverhältnissen – Arten, Ansprüche und Rechtsfolgen BARBARA TROST	289
<i>Ghezal Ahmadi</i> Fortbestand von Arbeitsverhältnissen bei Betriebsübergang im Falle einer Insolvenz des Arbeitgebers MARTA J. GLOWACKA	290



Inhalt

<i>Wittek</i>	291
Soziale Netzwerke im Arbeitsrecht WOLFGANG GORICNIK	
<i>BMASK (Hrsg)</i>	293
Bacher/Braun/Burtscher-Mathis/Dlabaja/Leitgöb/Stadlmayr/Tamesberger Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe „NEET“ WALTER SCHERRER	
<i>Fuchs/Marhold</i>	294
Europäisches Arbeitsrecht BARBARA SALASCH	
<i>Gruber/Harrer (Hrsg)</i>	296
GmbH – Kommentar REINHARD GEIST	



ENTSCHEIDUNGEN

ARBEITSRECHT

140 Auslegung einer Pensionsvereinbarung: Gleiche Bewertung vorübergehender Perioden von Teilzeitbeschäftigung wie von durchgehender Vollzeitbeschäftigung wurde gültig vereinbart	185
OGH 26.2.2015, 8 ObA 15/15m	
141 Auslegung einer Entgeltvereinbarung mit einem Heeresarzt	185
OGH 20.3.2015, 9 ObA 159/14v	
142 Dienstfreistellung eines freien Dienstnehmers – Entgeltermittlung unter Anwendung des Ausfallsprinzips in Form des Durchschnitts des letztvorangegangenen Dienstjahres	187
OGH 25.2.2015, 9 ObA 153/14m	
143 Gesetzliche Verfallsfrist für die Kündigungsentschädigung wird durch Vergleichsverhandlungen gehemmt	187
OGH 26.2.2015, 8 ObA 8/15g	
144 Entgeltfortzahlung bei Krankheit gebührt über das Ende des Arbeitsverhältnisses hinaus nur in der gesetzlichen, nicht aber durch Kollektivvertrag verlängerten Dauer	187
OGH 26.2.2015, 8 ObA 6/15p	
145 Kettenarbeitsverträge können vom Arbeitgeber nicht damit gerechtfertigt werden, er könne Arbeitnehmer nur nach Maßgabe ihm erteilter Aufträge beschäftigen	189
OGH 20.3.2015, 9 ObA 118/14i	
146 Kein berechtigter vorzeitiger Austritt einer Arbeitnehmerin wegen Vorenthalten des Entgelts, wenn die neue Geschäftsführung in vertretbarer Weise Zweifel an der Gültigkeit eines neuen, von der scheidenden Geschäftsführung abgeschlossen und die Arbeitnehmerin begünstigenden Arbeitsvertrags hat	189
OGH 20.3.2015, 9 ObA 3/15d	
147 Generelle Alkoholkontrollen als zustimmungspflichtige Kontrollmaßnahme	190
OGH 20.3.2015, 9 ObA 23/15w	
148 Glaubhaftmachung eines verpönten Motives bei Kündigungsanfechtung	192
OGH 26.2.2015, 8 ObA 59/14f	
149 Ablehnung einer Betriebspensionszusage bei Betriebsübergang	194
OGH 25.02.2015, 9 ObA 80/14a	
150 Kein Anspruch nach dem IESG für eine in Österreich tätige Arbeitnehmerin nach „dissolution“ der Arbeitgeber-Gesellschaft nach britischem Recht in Großbritannien	197
OGH 24.3.2015, 8 ObS 8/14f	
151 Keine IESG-Sicherung einer Konventionalstrafe aus einer nach Ende des Dienstverhältnisses abgeschlossenen Vereinbarung	197
OGH 24.3.2015, 8 ObS 1/15b	
152 Betriebsbegriff im Zusammenhang mit Massenentlassungen	198
EuGH 30.4.2015, C-80/14, <i>Union of Shop, Distributive and Allied Workers (USDAW), B Wilson/ WW Realisation 1 Ltd, in Liquidation, Ethel Austin Ltd, Secretary of State for Business, Innovation and Skills</i>	
EuGH 13.5.2015, C-392/13, <i>Andrés Rabal Canas/ Nexea Gestión Documental SA, Fondo de Garantía Salarial</i>	
EuGH 11.6.2015, C-1/14, <i>Base Company NV, vormalis KPN Group Belgium NV, Mobistar NV/ Ministerraad, Beteiligte: Belgacom NV</i>	
153 Berücksichtigung eines Zwölf-Monats-Schnitts von variablen, saisonal schwankenden Bezügen bei der Bemessung von Urlaubs- und Krankentgelt	200
OGH 25.2.2015, 9 ObA 12/15b	
154 Kündigung einer Volksschullehrerin wegen Verletzung der Aufsichtspflicht	200
OGH 20.3.2015, 9 ObA 29/15b	

Inhalt

ARBEITSLOSENVERSICHERUNGSRECHT

- 155 Fristlauf für die Beschwerdeentscheidung des Arbeitsmarktservice 201
BVwG 15.4.2015, L511 2013467-1
- 156 Generelle Arbeitsunwilligkeit ist nur durch Arbeitsaufnahme widerlegbar 201
BVwG 17.4.2015, G302 2012853-1
- 157 Einseitige Reduktion der Arbeitszeit durch einen gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlasser ist kein triftiger Grund, die Auflösung des Dienstverhältnisses in der Probezeit nachzusehen, so dass eine vierwöchige Sperre des Arbeitslosengeldes verhängt werden kann 201
BVwG 11.3.2015, G304 2014077-1
- 158 Keine Kranken- und Pensionsversicherung bei Entfall der Notstandshilfe durch Anrechnung von Unterhaltsleistungen bzw Witwenpension 202
VwGH 23.3.2015, Ro 2015/08/0003
- 159 Kurze Beschäftigung in Österreich und fehlende Anhaltspunkte für eine persönliche Bindung oder soziale Kontakte sprechen für die Annahme, dass der Mittelpunkt der Lebensinteressen eines Arbeitslosen in Polen liegt 203
BVwG 12.3.2015, W209 2007916-1
- 160 Eine vorgeschriebene telefonische Kontaktaufnahme ist kein Kontrolltermin iSd § 49 AVG 204
BVwG 15.4.2015, L511 2016295-1

SOZIALRECHT

- 161 Bescheinigungsverfahren und Aktengutachten – keine Verletzung des Parteienghört wegen Nichtdurchführung einer mündlichen Verhandlung aus dem Rekursgrund der Mangelhaftigkeit 204
OGH 24.2.2015, 10 ObS 10/15s
- 162 Bei der Beurteilung, ob Invalidität vorliegt, werden anteilig zu erwartende Kuraufenthalte zur Krankenstandsprognose hinzugerechnet. 205
OGH 24.2.2015, 10 ObS 14/15d
- 163 Invaliditätspension: Erreichbarkeit des (Verweisungs-)Arbeitsplatzes mit dem eigenen PKW 205
OGH 24.2.2015, 10 ObS 156/14k
- 164 Kein „Herabsinken der Arbeitsfähigkeit“ durch Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für die Erlangung von Arbeitslosengeld 207
OGH 24.3.2015, 10 ObS 13/15g
- 165 Leistungen der Altersversorgung aus dem Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer fallen nicht unter den Einkommensbegriff des § 264 Abs 5 ASVG – Eine analoge Anwendung des § 264 Abs 5 ASVG auf diese Leistungen scheidet aus 207
OGH 24.3.2015, 10 ObS 11/15p
- 166 Regionaler Arbeitsmarkt 207
OGH 24.2.2015, 10 ObS 150/14b
- 167 Angestellte ohne Berufsschutz – Eine Verweisung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ist möglich 208
OGH 24.2.2015, 10 ObS 152/14x
- 168 Kein Schadenersatzanspruch eines Arbeitnehmers wegen vorsätzlicher Körperverletzung durch den Arbeitgeber, wenn schlüssiges Klagsvorbringen zu einem zumindest bedingten Vorsatz fehlt 208
OGH 20.3.2015, 9 ObA 14/15x
- 169 Möglichkeit der Änderung der gewählten Kinderbetreuungsgeldvariante 208
OGH 24.2.2015, 10 ObS 149/14f



AKTUELLE SOZIALPOLITIK

1. Symposium des Wiener Arbeitsrechtsforums zum Generalthema „EuGH und Arbeitsrecht“
MICHAEL HAIDER 211

Keine aufschiebende Wirkung für Arbeitslose bei § 10 AIVG-Leistungssperren – praktische Negierung eines aktuellen VfGH-Erk durch AMS-Praxis und Teile der Rsp des BVwG
JUTTA KEUL 213

AUS DER PRAXIS – FÜR DIE PRAXIS

Zur Abgrenzung Werkvertrag – Arbeitskräfteüberlassung
THOMAS KALLAB 219

NEUE BÜCHER

Magerl/Thamm 223
Muster für den arbeitsrechtlichen Schriftverkehr
WOLFGANG GORICNIK

Sonntag (Hrsg) 223
ASVG – Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – Jahreskommentar
KONRAD GRILLBERGER

Ganner 223
Grundzüge des Alten- und Behindertenrechts
HELMUT IVANSITS

Bösze/Kraft 224
Leitfaden Arbeitskräfteüberlassung
GÜNTER KÖSTELBAUER

Drs 225
Arbeits- und Sozialrecht – Lernen, Üben, Wissen
WOLFGANG KOZAK

Gallner/Mestwerdt/Nägele (Hrsg) 225
Kündigungsschutzrecht – Handkommentar
WOLFGANG KOZAK

Hiebl/Runggaldier 226
Grundzüge des europäischen Arbeits- und Sozialrechts
DOMENICO RIEF

Mestwerdt/Spengler/Dubon (Hrsg) 226
Kündigungsschutzrecht – Kommentiertes Prozessformularbuch
ANDREAS THAMM

BÜCHEREINGANG 227

Inhaltsverzeichnis

Der Kommentar

Oecking, Anhaltende Niedrigzinsphase macht Änderung des HGB erforderlich 291

Abhandlungen

77. aba-Jahrestagung 293

Schwind, Bericht der Leitung der Fachvereinigung Pensionskassen 303

Wiesner, Der Untergang der betrieblichen Altersversorgung 307

Bauer/von Medem, Betriebliche Altersversorgung von Top-Managern 315

Langohr-Plato, Haftungsfälle Anpassungsprüfung – alte und neue Fragen zu § 16 BetrAVG 322

Hohnerlein, Arbeiten bis über 70: Italienische Rentenreformen im Zeichen der Krise 326

Informationen

Aus der Gesetzgebung

Anwendung von § 19 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 Buchst. b EStG auf Zusatzversorgungskassen im öffentlichen und kirchlichen Dienst
BMF, Schreiben vom 28.5.2015 332

Aus der Politik

Auswirkung der beitrags- und steuerfreien Entgeltumwandlung bei der bAV auf die Sozialversicherungen sowie die Finanzen des Bundes
BT-Drucksache 18/4557 vom 7.4.2015 332

Kabinetts beschließt Rentenanpassung 2015 337

Das Interview

„Aufseher müssen verstärkt unternehmerisch denken“ (Felix Hufeld) 337

Meinungen - Standpunkte – Empfehlungen

Nicht zu kurz springen! – Für eine echte Reform zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung 338

aba-Vorsitzender Karch: Wir brauchen einen Renten-Gipfel! 343

Betriebliche Altersvorsorge darf nicht zum Vertriebsinstrument verkommen 344

Stellungnahme der aba zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie 344

Betriebliche Altersversorgung steigert Attraktivität von Arbeitgebern 352

BaFin-Präsident: Versicherer in Manndeckung nehmen 353

Statistik

Kröger, Die neuesten Zahlen von TNS Infratest Sozialforschung zur Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge 354

Eine sich ändernde Altersstruktur und immer mehr Hochbetagte in Deutschland 358

Langfristige Zunahme der Lebenserwartung 358

Europa

EIOPA launches pensions stress test and quantitative assessment on solvency for occupational pension funds 359

Grünbuch „Schaffung einer Kapitalmarktunion“ – Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission

– Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
BT-Drucksache 18/4807 vom 5.5.2015 360

– Stellungnahme des Bundesrates
BR-Drucksache 63/15 vom 8.5.2015 361

aba-Stellungnahme zum Grünbuch „Schaffung einer Kapitalmarktunion“ 364

Pension funds vital to the success of Capital Markets Union 365

Klage gegen Rücknahme der Rentenreform in Polen 365

Berufsunfähigkeitsrente in Spanien:
Teilzeitbeschäftigte Frauen sind nicht diskriminiert 366

Rechtsprechung

Zum Bezugsrecht aus Versicherungsverträgen zur betrieblichen Altersversorgung in der Insolvenz des Arbeitgebers
BGH, Urteil vom 9.10.2014 – IX ZR 41/14 366

Bindungswirkung einer BVerfG-Entscheidung zum schuldrechtlichen Versorgungsausgleich
BGH, Beschluss vom 25.2.2015 – XII ZB 304/12 369

Zum Berechnungsdurchgriff im Vertragskonzern bei Anpassung der Betriebsrenten im Rahmen des § 16 BetrAVG
OLG Frankfurt, Urteil vom 26.1.2015 – 16 U 56/14 373

Voraussetzungen für den Bezug einer Betriebsrente ab Vollendung des 60. Lebensjahres
BAG, Urteil vom 13.1.2015 – 3 AZR 897/12 376

Prüfung der wirtschaftlichen Lage des Arbeitgebers bei Betriebsrentenanpassung
BAG, Urteil vom 21.4.2015 – 3 AZR 729/13 (PM) 382

Schadensersatzanspruch bei Entgeltumwandlung durch Unterstützungskassenversorgung
LAG Düsseldorf, Urteil vom 17.12.2014 – 12 Sa 580/14 382

Literatur

Buchbesprechungen

Preis/Sagan (Hrsg.), Europäisches Arbeitsrecht 387

Hauck/Noftz, Sozialgesetzbuch SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung – Kommentar 387

Literaturhinweise 387

Nachrichten

Entstehungsprozess transparent gestalten 388



ARBEITS- UND SOZIALRECHTSKARTEI

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold, Dipl.-Kfm. Eduard Müller
1210 Wien, Scheydgasse 24, Telefon: 01/24 630, Fax: 01/24 630/51,
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

INHALTSVERZEICHNIS

HEINZ KREJCI	282
Inwieweit kippt das Grundrecht auf Streik Österreichs tradierte Arbeitskampfdoktrin?	
Ansprüche bei vom Arbeitnehmer mitverschuldeter ungerechtfertigter Entlassung	288
SEBASTIAN ZANKEL	289
Kündigung eines begünstigten Behinderten bei Erreichen des Pensionsalters	
KARL LANG	295
Die Freizeitoption als kollektivvertragliches Gestaltungsinstrument	
HELMUT IVANSITS	300
Qualifikationsschutz in der beruflichen Rehabilitation	
GERDA ERCHER-LEDERER / ERWIN RATH	307
Neues aus der Gesetzgebung	
• Maßnahmen gegen Sozialbetrug	
ALFRED SHUBSHIZKY	316
Praxis-News aus Sozialversicherungs-, Lohnsteuer- und Arbeitsrecht in Kurzform	
EDITH MARHOLD-WEINMEIER	319
Aus der aktuellen Rechtsprechung	
• OGH: Variables Einkommen/Urlaubsentgelt und Entgeltfortzahlung	• OGH: Übertragung von Pensionszusagen/Arbeitgeberhaftung
• OGH: Urlaubsvorgriff und Anspruch auf Urlaubersatzleistung	• OGH: Personalvertreter/dienstrechtliche Verantwortlichkeit

VersR

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

VersR 2015, 917–964

22

Editorial 917

Aufsätze

Wandt, Prof. Dr. Manfred
Prämienanpassung in der Lebensversicherung zum Ausgleich
niedriger Kapitalerträge des Versicherers? 918

Thüsing, Prof. Dr. Gregor
Rechtsfolgen unwirksamer AGB
– Zur Möglichkeit einseitiger Nachbesserung durch den Verwender
und richtigere Wege – 927

Bürkle, Dr. Jürgen
Die voraussetzungslose Bestellung von Sonderbeauftragten
nach § 307 VAG 2016 941

Thiel, Dr. Sven-Markus
Der Prämienzahlungsverzug in der D&O-Versicherung 946

Marwege, Dr. Gabriele
Neu entdeckte Normen im Schadensersatzrecht: 1. und 2. AVV FStrG 950

Binkert, Dr. Hanno
Die „Drittwirkung“ rechtsvernichtender und rechtshemmender
Ereignisse im Regelungskontext des § 116 SGB X 955

Tagungsberichte

Die Energiewende als Herausforderung an die Versicherungswirtschaft
– Bericht zur Tagung des Kompetenzzentrums Versicherungswissen-
schaften vom 14. 4. 2015 in Hannover – 959

Bücher 960

Literaturhinweise 962

Versicherungsrecht



Versicherungsvertragsrecht

Sämtliche Versicherungszweige

BGH	17. 6. 2015	(IV ZR 170/14)	Einbeziehung nicht übergebener AVB durch Erlöschen des Widerspruchsrechts gem. § 5 a Abs. 2 S. 4 VVG a. F.	965
-----	-------------	----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Lebensversicherung

OLG Hamm	25. 6. 2014	(20 U 41/14)	Der Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH unterfällt nicht dem Schutzbereich des § 2 Abs. 2 BetrAVG	968
----------	-------------	--------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Krankheitskostenversicherung

LG Göttingen	20. 11. 2014	(9 S 16/11)	Berufliche Anforderungen sind bei der Beurteilung der medizinischen Notwendigkeit zu berücksichtigen	969
--------------	--------------	-------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Betriebshaftpflichtversicherung

OLG Karlsruhe	31. 3. 2015	(12 U 289/14)	Eine schädliche Einwirkung auf die Sache eines Dritten auch innerhalb der versicherten Zeit erfüllt die Voraussetzung des Schadensereignisses während der Vertragslaufzeit	971
---------------	-------------	---------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

D&O-Versicherung

OLG Karlsruhe	30. 12. 2013	(12 U 74/13)	Keine Anwendung des Ausschlussstatbestands für Verschmelzungen gem. §§ 2 ff. UmwG auf eine Vereinigung von Berufsgenossenschaften gem. § 118 SGB VII mit Anmerkung: <i>Frederik Kleinherne</i>	972
---------------	--------------	--------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Kfz-Haftpflichtversicherung

EuGH	26. 3. 2015	(Rs C-556/13)	Unzulässigkeit unterschiedlicher Prämien für die Verwendung des Kfz im Zulassungsstaat bzw. in anderen Mitgliedstaaten der Union	977
------	-------------	---------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Wohngebäudeversicherung

OLG Koblenz	15. 9. 2014	(10 U 164/14)	Eine unmittelbare Einwirkung eines Sturms liegt bereits bei einer Mitursächlichkeit vor	980
-------------	-------------	---------------	-----------------------------------------------------------------------------------------	-----

Kfz-Garantieversicherung

LG Dortmund	14. 5. 2014	(2 O 388/13)	Eine Klausel über den Ausschluss des Versicherungsschutzes bei Einsatz eines erkennbar reparaturbedürftigen Fahrzeugs ist eine unwirksame verhüllte Obliegenheit	981
-------------	-------------	--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Agenten- und Maklerrecht

Vertragshändler

BGH	5. 2. 2015	(VII ZR 315/13)	Kein Ausgleichsanspruch bei vertraglichem Verbot der Nutzung überlassener Kundendaten nach Beendigung des Vertragshändlervertrags	983
-----	------------	-----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Haftungsrecht

Architektenvertrag

BGH	18. 12. 2014	(VII ZR 350/13)	Anwendbare Honorarordnung bei stufenweise erfolgter Beauftragung eines Architekten	985
-----	--------------	-----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Arzthaftung

OLG Koblenz	27. 1. 2014	(5 U 1383/13)	Keine Haftung für Diagnosefehler bei völlig fernliegender Erkrankung	988
OLG Köln	23. 7. 2014	(5 U 113/13)	Unterlassene weitere Abklärung bei Borreliosesymptomen im Jahr 1992	989



Insolvenz

BGH	9. 1. 2014	(IX ZR 103/13)	Anforderungen an die Beschreibung des Rechtsgrundes einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung in der Anmeldung beim Insolvenzverwalter	991
-----	------------	----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Kfz-Kaufvertrag

BGH	4. 2. 2015	(VIII ZR 26/14)	Unwirksame Freizeichnung in AGB eines Gebrauchtwagenkaufvertrags für Körper- und Gesundheitsschäden sowie Schäden aus grobem Verschulden	992
-----	------------	-----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Mitverschulden

OLG Karlsruhe	7. 1. 2015	(9 U 9/14)	Kein Mitverschulden bei Schreckreaktion in nicht vorhersehbarer Gefahrensituation	993
---------------	------------	------------	------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Produkthaftung

BGH	9. 4. 2015	(VII ZR 36/14)	EuGH-Vorlage zum Regelungszweck und -inhalt der Richtlinie 93/42/EWG über Medizinprodukte (hier: Silikonbrustimplantate)	995
-----	------------	----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Reiseveranstalterhaftung

BGH	25. 11. 2014	(X ZR 105/13)	Reisevermittler muss bei Reiseveranstalter aus einem anderen EU-Mitgliedstaat Nachweis der Kundengeldsicherung entsprechend § 651 k Abs. 1 S. 1 BGB erbringen	997
-----	--------------	---------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Straßenverkehr

Ein- und Aussteigen

OLG Köln	10. 7. 2014	(19 U 57/14)	Haftungsverteilung zwischen einem sorgfaltswidrig Aussteigenden und einem mit zu geringem Abstand Vorbeifahrenden L	999
----------	-------------	--------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Wettbewerbsrecht

Unlauterer Wettbewerb

BGH	24. 7. 2014	(I ZR 68/13)	Wettbewerbswidrige Empfehlung eines bestimmten Leistungserbringers für Hörgeräteversorgung durch HNO-Arzt	999
-----	-------------	--------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Verfahrens- und Kostenrecht

Anwaltsgebühren

AG Köln	9. 1. 2014	(130 C 65/13)	Angemessenheit einer Vorschussrechnung des Anwalts bei beabsichtigter Schmerzensgeldklage	1002
---------	------------	---------------	-------------------------------------------------------------------------------------------	------

Rechtsmittelfrist

BGH	20. 5. 2014	(VI ZR 384/13)	Zuständigkeit des Berufungsgerichts zur Entscheidung über einen in erster Instanz verfahrensfehlerhaft nicht entschiedenen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	1004
-----	-------------	----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Auslandsrecht (Österreich)

Rechtsschutzversicherung

OGH	9. 4. 2015	(7 Ob 40/15 f)	Versicherungsfall in der Rechtsschutzversicherung	1006
-----	------------	----------------	----------------------------------------------------------	------

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 269 – 304
Online | Mobile | Social Media

Kurz informiert

Mindert ein Kassen-Bonus den Sonderausgabenabzug?	269
Vorsteuervergütungsverfahren: Anträge sind bis zum 30.9.15 zu stellen.....	269

Verschreibung von Medikamenten

Rückstellung für drohenden Regress durch Kassenärztliche Vereinigung	270
----------------------------------------------------------------------------	-----

Fuhrpark

BFH kippt Steuersparmodell „Pkw-Leasing mit Kauf bei Laufzeitende“	272
--------------------------------------------------------------------------	-----

Abgeltungsteuer

Ehegattendarlehen: Wann liegt ein Beherrschungsverhältnis vor?.....	274
---------------------------------------------------------------------	-----

Aus Alt mach Neu

„Rolle rückwärts“ bei Handwerkerleistungen.....	276
-------------------------------------------------	-----

Geschäftsführer-Versorgung

Betriebsprüfungsfall „Pensionszusage“: Fall 1 – Streit über die zivilrechtliche Wirksamkeit.....	278
-----------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Der praktische Fall

Vertrauensschutz in Baurägerfällen: Vorerst keine rückwirkende Anwendung von § 27 Abs. 19 UStG!.....	283
---------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Vermietung und Verpachtung

Vermeidung der Gewinnbesteuerung durch Vorbehaltsnießbrauch.....	285
------------------------------------------------------------------	-----

Umsatzsteuer

Keine Entgeltminderung beim vermittelten Umsatz durch „Preisnachlässe“ des Vermittlers.....	288
------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Der praktische Fall

Aktivierung einer Ausgleichsforderung von USt im Rahmen der umsatzsteuerlichen Organschaft.....	297
----------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Erbschaftsteuer

Familienheim und vermietete Wohnimmobilie: Schulden sind oft nur beschränkt abziehbar!	301
-------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

08 | 2015



Newsline

Franz Rudorfer _____ 543

Neues in Kürze

Florian Studer _____ 551

ABHANDLUNGEN

Sanierung und Abwicklung von Banken in Österreich nach dem BaSAG – Überlegungen zum Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken unter besonderer Berücksichtigung des Instruments der Gläubigerbeteiligung

Christoph Hilkesberger / Christian Schöller _____ 553

Über die Zulässigkeit eines Abgehens von der grundsätzlichen Risikobereitschaft des Anlegers – Gedanken zur Anlageberatung nach WAG

Ernst Brandl / Philipp Klausberger _____ 558

Neues zum Anschluss an ein Zentralinstitut – Anmerkungen zu VwGH 24.4.2015, Ro 2015/02/0011

Sibyll Böck / Martin Oppitz _____ 562

Erwiderung zu „Neues zum Anschluss an ein Zentralinstitut“ in diesem Heft

Markus Dellinger _____ 567

Was sind die FMA-Mindeststandards wert? – Überlegungen aus Anlass der Entscheidung des VwGH vom 30.1.2015, Ra 2014/02/0116

Helmut Hegen _____ 570

BERICHTE UND ANALYSEN

Wahlfreiheit zwischen Provision und Honorar – Wenn guter Rat teuer ist

Thomas K. Mayr-Riedler _____ 577

Die internationalen Aktienmärkte im 2. Quartal 2015

Monika Rosen _____ 581

TAGUNGSBERICHT

Asset-liability management with ultra-low interest rates

Christian Beer / Ernest Gnan _____ 584

Was ist eigentlich ... Ethno-Marketing?

Ewald Judt / Claudia Klausegger _____ 587

RECHTSPRECHUNG DES OGH

2133. Keine Amtshaftung der Republik Österreich für den Vertrieb des Herald-Fonds.
OGH 23. 12. 2014, 1 Ob 117/14h _____ 588

2134. Zum Emissionsprospekt des Herald-Fonds.
OGH 25. 2. 2015, 9 Ob 63/14a _____ 591

2135. Zur Ausnutzung einer Rangordnung zur Verpfändung bei Firmenänderung des Pfandbestellers.
OGH 24. 2. 2015, 5 Ob 136/14g _____ 592

2136. Zum Lauf der Frist gemäß § 57 GBG für den Antrag auf Löschung von Zwischeneintragungen.
OGH 27. 1. 2015, 5 Ob 229/14h _____ 594

2137. Zum exekutionsrechtlichen Bestimmtheitserfordernis beim Zinsenzuspruch. OGH 18. 2. 2015, 3 Ob 10/15i (3 Ob 12/15h)	594
2138. Zur Stornierung von Fehlbuchungen im zweipersonalen Verhältnis. OGH 3. 3. 2015, 1 Ob 17/15d	595
2139. Zum korrekten Klagebegehren bei mangelhafter Vermögensverwaltung. OGH 12. 3. 2015, 7 Ob 21/15m	596
2140. Zur Anforderungen an die Quittung gemäß § 2921 EO. OGH 18. 3. 2015, 3 Ob 35/15s	597
2141. Keine Durchführungspflicht bei fehlender Kontodeckung. OGH 12. 3. 2015, 7 Ob 28/15s	597
2142. Keine Anrechnung von Gewinnen infolge korrekter Beratung auf Fehlberatungsschäden. OGH 18. 12. 2014, 3 Ob 171/14i	598

ERKENNTNISSE DES VwGH

178. VwGH zur Bedeutung der Verpflichtung zur Teilnahme an einem System des gemeinsamen Liquiditätsausgleichs gem § 27a BWG. VwGH 24. 4. 2015, Ro 2015/02/0011 (ebenso Ro 2015/02/0012) (mit Bespr-Aufsatz von S. Böck und M. Oppitz)	598
179. Zu den Anforderungen an das Prüfindtervall bei der internen Revision nach § 20 WAG. VwGH 30. 1. 2015, Ra 2014/02/0116 – ebenso VwGH 30. 1. 2015, Ra 2014/02/0017 (mit Bespr-Aufsatz von H. Hegen)	603
180. VwGH zur Auslegung der Bestimmungen des WAG 2007 über Leitlinien zu Interessenkonflikten bzw zur Durchführungspolitik. VwGH 21. 11. 2014, Ro 2014/02/0054 – ebenso VwGH 21. 11. 2014, Ro 2014/02/0052 und 0053	604

ERKENNTNISSE DES VfGH

40. Keine Verzinsung von zu Unrecht eingehobenen Pönalezinsen wegen Überschreitung einer Veranlagungsgrenze durch eine betriebliche Vorsorgekasse. VfGH 12. 3. 2015, A 5/2013 und A 7/2013	605
41. Unzulässigkeit von Individualanträgen (eines deutschen Kreditinstituts bzw der Inhaber von Schuldverschreibungen) auf Aufhebung von Bestimmungen des HaaSanG (Sanierung Hypo Alpe Adria) infolge Zumutbarkeit des gerichtlichen Rechtsweges. VfGH 11. 3. 2015, G 210/2014, V 106/2014 (Kreditinstitut), G 194/2014, V 97/2014 (Inhaber von Schuldverschreibungen)	606

ERKENNTNISSE DES EuGH

61. Zur Wahrung des Berufsgeheimnisses einer nationale Aufsichtsbehörde im Verwaltungsverfahren. EuGH (2. Kammer) 12. 11. 2014, C-140/13	606
62. Die Prospektveröffentlichungspflicht nach der Prospekt-RL gilt nicht für Zwangsversteigerungen. EuGH (2. Kammer) 17. 9. 2014, C-441/12	609
63. Ein Verbraucher, der eine Inhaberschuldverschreibung bei einem beruflich oder gewerblich handelnden Dritten erworben hat, ohne dass ein Vertrag mit dem Emittenten der Schuldverschreibung geschlossen worden wäre, kann sich gegenüber dem Emittenten in einer Klage wegen Verletzung von Informations- und Kontrollpflichten sowie Prospekthaftungsansprüchen nicht auf Art 15 Abs 1 EuGVVO aF berufen. EuGH (4. Kammer) 28. 1. 2015, C-375/13	611

BUCHBESPRECHUNGEN	616
--------------------------	-----

30. WORKSHOP DER AWG – CALL FOR PAPERS	586
-----------------------------------------------	-----

In diesem Heft inserieren: BankVerlagWien, U 2, U 3; Erste Bank Sparkasse, S. 575; Linde Verlag, S. 576, 580.

Die Inhalte des Österreichischen BankArchivs sind in folgenden Fachdatenbanken verfügbar:

LexisNexis® Online – www.lexisnexis.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2002);

Lindeonline – www.lindeonline.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2009)

RDB Rechtsdatenbank – www.rdb.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003);

RIDA Rechts-Index-Datenbank – www.rida.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003).

BETRIEBSWIRTSCHAFT**AUFSATZ**

Rechnungslegung

Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG)**WP/StB Prof. Dr. Peter Oser / WP/StB Dr. Christian Orth /****WP/StB Dr. Holger Wirtz, alle Stuttgart**

Mit dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 17.07.2015 hat Deutschland rechtzeitig die EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU in nationales Recht umgesetzt. Angesichts der Vielzahl an einzelnen Änderungen, insb. im Dritten Buch des HGB, stellt der Beitrag die wesentlichen Neuregelungen des BilRUG dar und gibt Hinweise zu ihrer praktischen Umsetzung. Einen schnellen Überblick über die Neuregelungen ermöglicht die dem Beitrag angefügte Tabelle.

DB0862413

S. 1729

STEUERRECHT**AUFSATZ**

Steuerstrafrecht

Abgrenzung zwischen einfacher Berichtigung und strafbefreiender Selbstanzeige**RA Georg Geberth, München / RA Berthold Welling, Berlin**

Das BMF hat die Diskussion und Anregungen aus der Wirtschaft zu einer dringend erforderlichen Abgrenzung zwischen der strafbefreienden Selbstanzeige und einer einfachen Anzeige- und Berichtspflicht aufgegriffen und einen ersten Diskussionsentwurf für einen Anwendungserlass zur Berichtigung von Erklärungen gem. § 153 AO vorgelegt. In dem Beitrag werden sowohl das unternehmerische Umfeld, als auch die gesetzliche Ausgangslage und mögliche Ziele des Erlassentwurfs skizziert sowie seine Schwerpunkte dargestellt und aus dem Blickwinkel der Praxis erläutert.

DB0943954

S. 1742

Umsatzsteuer

Vorsteueraufteilung bei Holdinggesellschaften und umsatzsteuerliche Organschaft**RA/StB Martin Diemer, Stuttgart**

Mit seinem Urteil vom 16.07.2015 zu den verbundenen Rs. C-108/14 (Larentia + Minerva mbH & Co. KG) und Rs. C-109/14 (Marenave Schifffahrts AG) hat sich der EuGH zu den praxisrelevanten Themen Holding und umsatzsteuerliche Organschaft geäußert. Der Beitrag stellt die Entscheidung dar. Dabei stehen die Antworten auf die Fragen, wie der Vorsteuerabzug einer Führungsholding zu berechnen ist, ob eine PersGes. Organgesellschaft sein kann und ob die Organschaft ein Über- und Unterordnungsverhältnis erfordert, im Mittelpunkt.

DB0697400

S. 1748

KURZ KOMMENTIERT

Einkommensteuer

Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen**StB Dipl.-Kffr. Martina Ortmann-Babel, Stuttgart**

DB0871899

S. 1753

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Gewinnermittlung

Richtsatzsammlung 2014**BMF, Schreiben vom 14.07.2015**

DB0991081

S. 1754

Körperschaftsteuer

Veräußerungsgewinnbefreiung nach § 8b Abs. 2 KStG – Behandlung von Veräußerungskosten und nachträglichen Kaufpreisänderungen**BMF, Schreiben vom 24.07.2015**

DB0991101

S. 1754

Umwandlungssteuerrecht

Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils in eine PersGes. nach § 24 UmwStG OFD Niedersachsen, Verfügung vom 30.06.2015

DB0991094

S. 1756

Einkommensteuer

Schuldzinsen als nachträgliche Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung nach Veräußerung des Mietobjekts oder nach Wegfall der Einkünfteerzielungsabsicht**BMF, Schreiben vom 27.07.2015**

DB0991108

S. 1757

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Minderheitsbeteiligung des Kommanditisten von weniger als 10% an der Komplementär-GmbH regelmäßig kein notwendiges Sonderbetriebsvermögen II**BFH, Urteil vom 16.04.2015 – IV R 1/12**

DB0697951

S. 1759

Umsatzsteuer

Leasing als Lieferung, wenn die Gesamtheit der abgezinsten Leasingraten dem Verkehrswert des Gegenstands entsprechen**EuGH, Urteil vom 02.07.2015 – Rs. C-209/14**

DB0991515

S. 1762

Umsatzsteuer

Versicherungsumsätze: Pauschalentgelt für eine Garantie für den Fall des Defekts eines Gebrauchtfahrzeugs**EuGH, Urteil vom 16.07.2015 – Rs. C-584/13**

DB0991519

S. 1762

Umsatzsteuer

Beförderung von menschlichen Organen und dem menschlichen Körper entnommenen Substanzen**EuGH, Urteil vom 02.07.2015 – Rs. C-334/14**

DB0991513

S. 1763

Umsatzsteuer

Umqualifizierung eines Umsatzes durch die nationale Steuerbehörde in eine der MwSt unterliegende wirtschaftliche Tätigkeit**EuGH, Urteil vom 09.07.2015 – Rs. C-183/14**

DB0991517

S. 1763



WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Aktienrecht

Vorstandshaftung und Rechtsirrtum über die Vertretungskompetenz beim Abschluss eines Interim-Management-Vertrags

Prof. Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg

Dass Vorstände oder Geschäftsführer zeitlich begrenzt z.B. für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in die Unternehmensleitung aufgenommen werden, ist in der Praxis häufig anzutreffen. Interim-Management-Agenturen bieten im Rahmen von Beratungsverträgen für solche Zwecke den Bezug von Managementleistungen durch externe Führungskräfte. Der BGH stellt in einem aktuellen Urteil klar, dass für den Abschluss eines Beratungsvertrags, der Regelungen zur Vergütung eines Interimvorstands enthält, der Aufsichtsrat zuständig sei. Ein Vorstand, der diese Kompetenzverteilung missachtet, begehe eine Pflichtverletzung. Ihm treffe aber kein Verschulden, wenn er basierend auf einem eingeholten Rechtsgutachten irrtümlich glaube, sein Handeln sei rechtmäßig. Mit seinen Ausführungen konkretisiert der BGH die Grundsätze aus dem Ision-Urteil für das Vertrauen des Vorstands auf Expertenrat. Der Aufsatz analysiert das Urteil und zeigt Schlussfolgerungen für die Unternehmenspraxis auf.

DB0733766

S. 1764

KURZ KOMMENTIERT

Aktienrecht

Gemischte Protokollierung der Hauptversammlung einer nichtbörsennotierten AG

Dr. Hartmut Wicke, LL.M. (Univ. Stellenbosch), München

DB0876707

S. 1770

ENTSCHEIDUNGEN

Aktienrecht

Keine unterjährige Aufhebung eines Unternehmensvertrags mit einer abhängigen GmbH

BGH, Urteil vom 16.06.2015 – II ZR 384/13

DB0840281

S. 1771

Kreditsicherungsrecht

Verlängerung der regelmäßigen Verjährungsfrist eines Bürgschaftsanspruchs durch Allgemeine Geschäftsbedingungen

Anmerkung von RA Klaus Nieding, Frankfurt/M.

BGH, Urteil vom 21.04.2015 – XI ZR 200/14

DB0698573

S. 1774

Schwarzarbeitsrecht

Kein Bereicherungsanspruch des Bestellers bei Nichtigkeit des Werkvertrags wegen Verstoßes gegen § 1 Abs. 2 Nr. 2 SchwarzArbG

BGH, Urteil vom 11.06.2015 – VII ZR 216/14

DB0733610

S. 1777

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht

Umsetzung der arbeits- und sozialrechtlichen Vorhaben der Großen Koalition – Bestandsaufnahme 2015

RA/FAArbR Prof. Dr. Bernd Schiefer, Düsseldorf

Die Umsetzung der arbeits- und sozialrechtlichen Vorhaben des Koalitionsvertrags 2013-2017 schreitet rasch voran. In der Mitte der aktuell laufenden Legislaturperiode bietet sich entsprechend eine momentane Bestandsaufnahme an. Der Beitrag liefert einen Überblick, welche Gesetzesvorhaben bisher umgesetzt worden sind, wie sich diese Neuregelungen zwischenzeitlich ausgewirkt haben und mit welchen weiteren gesetzlichen Regelungen in Kürze zu rechnen ist. Außerdem wird sich kritisch mit den Entwicklungen auseinandergesetzt.

DB0708030

S. 1779

KURZ KOMMENTIERT

Entgeltrecht/Öffentlicher Dienst

Regelungen des TVöD-V zu Bereitschaftszeiten im Rettungsdienst sind mindestlohnkonform

RA Dr. Marc Rosenau, Berlin

DB0702732

S. 1785

ENTSCHEIDUNGEN

Entgeltrecht

Gesetzlicher Mindestlohn: Keine Anrechnung zusätzlichen Urlaubsgelds und Berechnung des Nachtarbeitszuschlags auf Grundlage von 8,50 € ArbG Bautzen, Urteil vom 25.06.2015 – 1 Ca 1094/15

DB0796274

S. 1786

Befristeter Arbeitsvertrag

Widerlegung des Rechtsmissbrauchs bei zehn Befristungen in 15 Jahren

BAG, Urteil vom 29.04.2015 – 7 AZR 310/13

DB0702872

S. 1787

Betriebsverfassungsrecht

Zur Erstattungspflicht der Kosten des Betriebsrats: ordnungsgemäßer Betriebsratsbeschluss erforderlich

BAG, Beschluss vom 18.03.2015 – 7 ABR 4/13

DB0796273

S. 1788

**IN ALLER KÜRZE**

263

THEMA

Andreas Frössel: Die neue Verbraucherschlichtung – Umsetzung in Österreich	264
Andrea Boninsegna/Christoph Kasper: Schadenersatzrechtliche Folgen von Mobbing	268

GESETZGEBUNG

Aktuelle Gesetzesvorhaben (Stand: 30. 7. 2015)	272
------------------------------------------------	-----

RECHTSPRECHUNG**» FAMILIENRECHT**

Teilweise bestimmtes Unterhaltsbegehren im Außerstreitverfahren	273
Bestellung eines Kinderbeistandes kann nicht beantragt, sondern nur angeregt werden	273
Vorläufige Maßnahme des Kinder- und Jugendhilfeträgers setzt offenkundige Kindeswohlgefährdung voraus	273
Keine Prüfung von Behandlungsfehlern im Unterbringungsverfahren	274

» SACHENRECHT

Keine Ersitzung eines Baderechts als Grunddienstbarkeit für ein landwirtschaftliches Grundstück	274
Übergabevertrag als Schenkung; Nachweis der wirklichen Übergabe im Grundbuchverfahren	274
Vorabentscheidungsersuchen zum Ausschluss der Rechtsanwälte von der Unterschriftenbeglaubigung	275

» MIET- UND WOHNRECHT

Kündigung des Mieters wegen seines extremen Duschverhaltens	275
Neufestsetzung der Jahresmietwerte nach dem WEG 1948 wegen falscher Flächenberechnung	275
Tätigkeit als Tagesmutter oder -vater keine genehmigungsbedürftige Widmungsänderung	275
Eigentumsfreiheitsklage wegen eigenmächtiger Änderung – Genehmigungsfähigkeit irrelevant	276

» SCHADENERSATZ

Kein Prozesskostenregress nur wegen Schlechterfüllung eines Werkvertrags	276
Verkehrssicherungspflichten des Geschäftsinhabers am Kundenparkplatz des Einkaufszentrums	277
Sicherungspflichten des Veranstalters eines Skirennens im freien Gelände	277
Gesamthafte Ermittlung des Verdienstentgangs	277
Produkthaftung des Anscheinsherstellers – Zeitpunkt des Inverkehrbringens maßgeblich	278

INHALTSVERZEICHNIS

» VERFAHRENSRECHT

Nachträgliche Änderung der Geschäftsverteilung zur Erzielung eines Belastungsausgleichs	278
Vorgehen gegen eine nachträgliche Änderung der Geschäftsverteilung	279
Zustellung der Ladung zur Parteienvernehmung an den Prozessbevollmächtigten	279

» INTERNATIONAL

Verbrauchergerichtsstand – keine internationale Ausrichtung durch Website eines Dritten	279
-----------------------------------------------------------------------------------------	-----

LITERATURÜBERSICHT

280

Herausgeber:

Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M.
Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Matthias Neumayr

Redaktion:

Mag. Wolfgang Kolmasch
E-Mail: wolfgang.kolmasch@lexisnexis.at

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Viktoria Eckert, BA
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1121 | Fax DW 146
E-Mail: viktoriam.eckert@lexisnexis.at

Abonnentenservice:

Tel. +43-1-534 52-5555 | Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Anzeigen & Metadaten:

Alexander Mayr
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1116 | Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://zak.lexisnexis.at/mediadaten>

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber (Sd § 1 Abs 1 Z 8 und Z 9 MedienG): LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe Reed Elsevier, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Grundlegende Richtung: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Alberto Sanz de Lama | Unbeschränkt haltender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleiner Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1 %), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9 %) | Alleiner Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleiner Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: RELX Group plc, 1-3 Strand (<http://www.relxgroup.com/aboutus/Pages/Home.aspx>), London WC2N 5JR (50 %), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50 %) | Gesellschafter der RELX Group plc: RELX PLC (52,9 %), RELX NV (47,1 %) | Gesellschafter der RELX PLC: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der RELX NV: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings Ltd.: RELX Group plc (100 %) | Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien.

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand Jänner 2015 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint 22-mal im Jahr | Einzelheftpreis 2015: 14,50 €; Jahresabonnement 2015: 219 € inkl. MWST bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT84 1200 0504 2346 8600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahreschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30. 11. bekannt gegeben werden | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest, ISSN 1996-2428.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Ge-

nehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG) und sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein.

Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres (§ 36 UrhG). Für die Verwertung durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls.

Beiträge, die ausschließlich online erscheinen, werden derzeit wie Beiträge, die im Printheft publiziert werden, abgerechnet. Der Verlag behält sich vor, das Abrechnungsmodell für reine Online-Publikationen, die ab 2016 eingereicht werden, umzustellen.

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen.

04.15

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-217

** 50 Jahre ZIR **

ZIR

Zeitschrift Interne Revision

50. Jahrgang
August 2015
Seiten 149-196

www.ZIRdigital.de

Herausgeber:

DIIR

Deutsches Institut für
Interne Revision e.V.



Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis

Standards · Regeln · Berufsstand

Prüfung der Organisations-/
Unternehmenskultur 152

Hubertus Eichler

Management · Best Practice · Arbeitshilfen

Prüfung des Internen Kontrollsystems
in Öffentlichen Institutionen 162

*Uwe Bartels/Oliver Dieterle/
Frank Knieriemen/Stefan Stöhr*

IT-basiertes Kennzahlensystem als
unterstützendes Werkzeug der Filialrevision 176

Thorsten Kuznik/Malte Küppers

IT Prüfungshandlungen für „Nicht IT'ler“ 182

Marc Gittler

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

20380

FINANZIERUNG

Immobilienfinanzierung/Immobilienbewertung/
Working Capital Management
**Theoretische und empirische Aspekte der
Anwendung von Kapitalstrukturtheorien bei
Immobilienunternehmen**

Prof. Dr. Manfred Kühnberger, Berlin

Kapitalstrukturtheorien werden seit Jahrzehnten mit unterschiedlichen Ergebnissen untersucht. Neben der letztlich auf Miller-Modigliani basierenden Trade-off-Theorie, sind die Pecking-Order- und die Market-Timing-Theorie verbreitet. Angesichts der Allgemeinheit dieser Ansätze wird regelmäßig auf Argumente der Agency-Theorie und wichtige situative Kontextfaktoren zurückgegriffen, um reale Strukturen erklären zu können.

CF0708141

S. 231

KAPITALMARKT

Aktienanalyse/Sell-Side-Research
**Der Einfluss von Sell-Side Research auf den Aktienkurs
Constantin David Pixa, Frankfurt/M. /**

Prof. Dr. Marcus Vögtle, Villingen-Schwenningen

In der Ereignisstudie wird untersucht, inwieweit Aktienempfehlungen bewertungsrelevante Informationen für Investoren darstellen. Dazu werden bei über 8.000 Ereignissen in Form von Empfehlungspublikationen die historischen Aktienkurse mit den erwarteten Kursen verglichen und der veröffentlichten Empfehlung gegenübergestellt. Für die analysierte Stichprobe kann ein signifikanter Zusammenhang zwischen Aktienempfehlungen und Kursbewegungen festgestellt werden.

CF0697638

S. 242

Asset Management/Aktienmarkt/Behavioral Finance
**Analystenempfehlungen: Guter oder schlechter
Ratgeber für Investoren? Eine Untersuchung für den
deutschen Aktienmarkt**

**Dr. Andreas Humpe, München / Mario Zakrewski,
Mannheim**

Eine Vielzahl von Untersuchungen beschäftigt sich mit dem Investorennutzen von Analystenempfehlungen. Der Beitrag zeigt am Beispiel des deutschen Aktienmarkts, dass die Konsensmeinung der Aktienanalysten für Einzelaktien ein guter Ratgeber für Investoren zu sein scheint. Für den breiten Aktienmarkt konnte hingegen nachgewiesen werden, dass auf Basis der aggregierten Analystenempfehlungen aus 50 deutschen Aktien ein negativer Zusammenhang mit der zukünftigen durchschnittlichen 12-Monatsperformance des Deutschen Aktienindex DAX besteht.

CF0697958

S. 251

Aktienmarkt/Freiverkehr/Downlisting
**Wechsel vom regulierten Markt in den Freiverkehr
in Deutschland – Rechtliche Voraussetzungen und
Konsequenzen**

**Lilia Pasch, Berlin / Ann-Kathrin Schmeling / Dennis
Starke, beide Bochum**

In den Jahren 2008 bzw. 2009 sind die Voraussetzungen für den Wechsel vom regulierten Markt in den Freiverkehr („Downlisting“) wesentlich vereinfacht worden. Seitdem haben über 100 deutsche Aktienemittenten ein Downlisting vollzogen. Der Beitrag untersucht, welche gesellschafts- und börsenrechtlichen Voraussetzungen ein Unternehmen bei einem Downlisting zu erfüllen hat und welche Erleichterungen im Bereich der Rechnungslegung, Prüfung, Unternehmens-

publizität und Corporate Governance mit dem Wechsel in den Freiverkehr einhergehen.

CF0708094

S. 259

BEWERTUNG

Bewertungsverfahren/Diskontierungszinssatz/
Capital Asset Pricing Model
**Zum Verhältnis von „Schattenzins“, stochastischem
Diskontierungsfaktor und Capital Asset Pricing Model**

Dr. Josef Schosser, Passau

Gegenstand der Arbeit ist die kritische Analyse des Beitrags von Elsner/Krumholz (2014), in welcher ein „Schattenzins“ als Schätzwert der risikofreien Verzinsung ermittelt wird. Es zeigt sich, dass die dort vorgenommene Spezifikation des stochastischen Diskontierungsfaktors mit gängigen Methoden der Unternehmensbewertung unvereinbar ist.

CF0694630

S. 272

Bewertungsverfahren/Diskontierungszinssatz/
Capital Asset Pricing Model
**Ergänzende Erläuterungen zur Bestimmung des
Basiszinses in der Unternehmensbewertungspraxis**

Dr. Simon Elsner, München /

Dr. Hans-Christian Krumholz, Frankfurt/M.

Der Beitrag beleuchtet, dass eine Schätzung des implizit den Kapitalmarktbewertungen zugrunde liegenden Basiszinses mittels stochastischer Diskontierungsfaktoren über die Spezifikation des Kehrwerts der Marktrendite und Verwendung zur Schätzung erwarteter Renditen mittels klassischem CAPM nicht grundsätzlich inkompatibel, sondern über den Zwischenschritt einer Approximation kompatibel ist.

CF0718394

S. 276

Bewertungsverfahren/Multiplikatorverfahren/Beta-Faktor
**Multiples und Beta-Faktoren für deutsche Branchen
Benjamin Hammer / Prof. Dr. Bernhard Schwetzler /**

Jun.-Prof. Dr. Alexander Lahmann, alle Leipzig

Der Lehrstuhl Finanzmanagement und Banken an der HHL Leipzig Graduate School of Management ermittelt vierteljährlich Multiplikatoren, Beta-Faktoren und Eigenkapitalkosten für den deutschen Kapitalmarkt und stellt diese auf der Internetseite www.finexpert.info und in CORPORATE FINANCE zur Verfügung. Die Daten zeichnen sich durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit aus, die Details der Berechnung sind im Artikel „Multiples und Beta-Faktoren für deutsche Branchen – Erläuterungen zu den Kapitalmarktdaten von www.finexpert.info und CORPORATE FINANCE“ in CFB 7/2011 S. 430 (434) nachzulesen.

CF0708093

S. 279

MERGERS & ACQUISITIONS

Mergers & Acquisitions / Corporate Governance /
Shareholder Value

The Evolution of the European M&A Market

Peyman Momtaz, Frankfurt/M.

Durch die Harmonisierung des europäischen Übernahmerechts in den Jahren 2004 bis 2006 wurde der europäische M&A-Markt grundsätzlich verändert. Folglich werden in diesem Beitrag die Veränderungen der Marktcharakteristika dargestellt und der Einfluss der Harmonisierung auf den Shareholder Value der übernehmenden Unternehmen untersucht.

CF0708089

S. 284

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht

Inhalt · 60. Jahrgang · Heft 15/2015

Aufsätze

Prof. Dr. Moritz Renner

Hauptversammlungszuständigkeit und Organadäquanz

Der Kommissionsvorschlag zur Änderung der Aktionärsrechte-Richtlinie hat die Debatte über die Abgrenzung der Organkompetenzen in der AG wiederbelebt. Insbesondere die von der Kommission vorgeschlagene Ausweitung der Hauptversammlungszuständigkeit im Zusammenhang mit „Related Party Transactions“ und „Say on Pay“ ist in der deutschen Diskussion auf Kritik gestoßen. Die Debatte gibt Anlass, auch jenseits der konkreten Regelungsvorschläge Grund und Grenzen der Hauptversammlungszuständigkeit unter dem Gesichtspunkt der Organadäquanz genauer zu konturieren. 513

Dr. Philipp Scholz / Dr. Christian Weiß

Schiedsverfahren zur Vermeidung der Vorstandshaftung?

Seit die Vergleichsfähigkeit als Voraussetzung der Schiedsfähigkeit abgeschafft wurde, ist unbestritten, dass auch die aktienrechtliche Vorstandshaftung schiedsfähig ist. Indes eröffnet das Schiedsverfahren Möglichkeiten, welche deutlich über die Gewährung einer der staatlichen Gerichtsbarkeit gleichwertigen Rechtsschutzmöglichkeit hinausreichen. Insbesondere der Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut (§ 1053 Abs. 1 Satz 2 ZPO) sowie die Ermächtigung zur Billigkeitsentscheidung (§ 1051 Abs. 3 ZPO) lassen die Frage aufkommen, ob das schiedsrichterliche Verfahren nutzbar gemacht werden kann, um Vorstandsmitglieder ohne Einhaltung der strengen Anforderungen für Verzicht und Vergleich (§ 93 Abs. 4 Satz 3 AktG) zu enthaften. 523

Steuer-Journal

RA FASr Dr. Klaus Olbing

Entwurf der Körperschaftsteuer-Richtlinien 2015 530

Kommentar

Prof. Dr. Michael Kort

Beziehungen des Vorstandsmitglieds der AG zu Dritten: Drittanstellung, Interim Management, Personalleasing und Vergütung durch Dritte (Kommentar zu BGH v. 28.4.2015 – II ZR 63/14, AG 2015, 535)

In seiner Entscheidung vom 28.4.2015 äußert sich der BGH erstmals näher zu Fragen der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat beim Abschluss von Verträgen, die die vorübergehende Überlassung von Personen als Vorstandsmitglieder durch Dritte zum Inhalt haben. 531

Rechtsprechung

Vorstandshaftung, Verschulden

BGH v. 28.4.2015 – II ZR 63/14 535

Vertretung der AG bei Abschluss eines Mietvertrages

BGH v. 22.4.2015 – XII ZR 55/14 537

Berechnungsdurchgriff im Vertragskonzern

BAG v. 10.3.2015 – 3 AZR 739/13 539

Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer

BFH v. 15.1.2015 I R 69/12 543

Unternehmensbewertung

OLG Frankfurt v. 21.5.2014 – 21 W 63/13 547

Unternehmensbewertung

OLG Karlsruhe v. 1.4.2015 – 12a W 7/15 549

Impressum

R 224

Rechts-Report

Anlegerschutz

Der Gerichtsstand des Treuhandgesellschafters einer Fondsgesellschaft bei (auch) fehlerhafter Anlageberatung auf Grund falscher öffentlicher Informationen

R 207

Neues aus Brüssel

EU-Parlament stimmt über Aktionärsrechterichtlinie ab

R 208

Neues zur Rechnungslegung

Änderungen des Bilanzrechts durch das BilRUG

R 210

Kapitalmarkt-Report

Börse

Börsen Schweiz und Shanghai verstärken Zusammenarbeit

R 215

Moskauer Börse will Attraktivität des IIM erhöhen

R 215

Target2-Securities erfolgreich gestartet

R 216

TMX Group gibt Start von AgriClear bekannt

R 216

Ausländische Investoren können an saudischer Börse investieren

R 216

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

Jeder zweite Deutsche nutzt Share Economy

R 216

Mineralwasser in Deutschland

R 217

Umsatz im deutschen Musikmarkt steigt im ersten Halbjahr 2015

R 217

Jahresabschlüsse

Drägerwerk AG & Co. KGaA

R 218

Rhön-Klinikum AG

R 219

Bibliothek

Neuerscheinungen

R 221

Zeitschriftenspiegel

R 221

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Prospekte der Fachseminare von Fürstenberg sowie der Verlage C.H. Beck, München, sowie Dr. Otto Schmidt KG, Köln, bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Gesellschaftsrechtler gehen online aufs Ganze.



Premiummodul Gesellschaftsrecht: uneingeschränkter Zugang zur kompletten Online-Bibliothek für Gesellschaftsrechtler aus dem Verlag Dr. Otto Schmidt. Komfortabel ver-

linkt mit der Rechtsprechungs- und Gesetzesdokumentation von juris. Überzeugen Sie sich selbst beim **4-Wochen-Gratis-Test.** Anrufen 02 21 9 37 38-999 oder an-

klicken www.otto-schmidt.de/online-gesellschaftsrecht

juris® Das Rechtsportal

Themenheft »Entrepreneurship, Technology,
and Innovation«

Editorial	205
Axel F. A. Adam-Müller/ René Andres/Jörn H. Block/ Christian Fisch	Socialist heritage and the opinion on entrepreneurs. Micro-level evidence from Europe	211
Matthias Blauth/René Mauer/ Malte Brettel	Competitive advantage through entrepreneurial decision-making. Effectuation for fast problem-solving	233
Petra Dickel	Linking technologies to markets. The relationship of protectability and entrepreneurial learning in academic spin-offs	253
Andreas Kuckertz/ Elisabeth S. C. Berger/ Martin P. Allmendinger	What drives entrepreneurship? A configurational analysis of the determinants of entrepreneurship in innovation-driven economies	273



Schwerpunkt Projektmanagement reloaded

232 Von Projekten zu temporären Organisationen

Der Kontext rückt in den Fokus

Jörg Sydow/Timo Braun

In letzter Zeit werden Projekte immer häufiger als temporäre Organisationen bezeichnet. Dieser Begriff lenkt die Aufmerksamkeit auf den historischen, sozialen und organisationalen Kontext, in den die Projekte eingebettet sind. Der Beitrag erläutert, was dies für die Forschung wie auch die Managementpraxis bedeutet.

239 Einführung einer projektorientierten Organisation

Fallstudie aus der Haufe Gruppe

Steffen Jakob/Dirk Nadler

Das Marktumfeld für Verlage und Softwarehäuser hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Die Haufe Gruppe führte eine projektorientierte Organisation ein, um die bereichsübergreifende Zusammenarbeit zu optimieren und flexibler auf sich ständig ändernde Anforderungen reagieren zu können.

245 Governance strategischer Projekte

Wie die Umsetzung gelingen kann

Martina Eberl/Götz Volkenandt

Theoretisch wissen Strategieverantwortliche in Unternehmen laut einer Studie der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin sehr wohl, worauf es bei der Umsetzung von strategischen Projekten ankommt. Hakt man jedoch nach, muss bei der praktischen Umsetzung dieser Projekte noch nachgebessert werden. Insbesondere mangelt es an neutralen Beobachtern und Entscheidungsträgern, die direkten Einfluss nehmen.

255 Design Thinking im Projektmanagement

Fallstudie zu den Bedingungen und Folgen einer designbasierten Projektsteuerung

Christian Gärtner/Roland Ludwig

Die immer stärkere Zuwendung zum Kunden brachte auch neue kreative, personenorientierte Managementansätze hervor. Doch diese neuen Methoden führen nicht so ohne Weiteres zum Erfolg. In einer Fallstudie wurden jetzt Bedingungen und Folgen von Design Thinking ermittelt.

262 Interview Das Vehikel für Strategieimplementierung heißt Projekte

Interview

Mit **Prof. Dr. Yvonne Schoper** von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin sprach die zfo über aktuelle Entwicklungen im Projektmanagement. Schoper betonte, dass das Projektmanagement auf der obersten Führungsebene angesiedelt sein sollte.



Führung & Leadership

- 264** Reflexionsprozesse in der Teamarbeit
 Eine qualitative Untersuchung
Aleksandra S. Gerö
 Die Reflexionsfähigkeit von Teams ist entscheidend für die Effektivität ihrer Arbeit. In einer qualitativen Studie wurden Mitglieder von selbst organisierten Teams zu den gängigen Reflexionsprozessen befragt. Auffällig war, dass das erkannte Verbesserungspotenzial häufig weder als solches benannt, noch umgesetzt wurde.

Organisation & Change Management

- 271** Industrie 4.0 organisieren
 Ansätze zur Gestaltung der formalen und informalen Organisation
Georg Reischauer
 Eine zunehmende Vernetzung von Unternehmen sowie umfangreichere und präzisere Auswertungsmöglichkeiten von elektronischen Daten bergen neben Chancen auch Gefahren und potenzielle Konflikte. Der Beitrag liefert Lösungsansätze zu deren Bewältigung.
- 278** zfo-Toolkit
 Interventionen auswählen
 Ein wichtiger Erfolgsfaktor für ein effektives Veränderungsmanagement
Achim Weiland

Projekt- & Prozessmanagement

- 283** Prozesscharakterisierung
 Der Ausgangspunkt des Prozessmanagements
Wolfgang Becker/Christian Hilmer/Robert Holzmann
 Das Prozessmanagement sollte sich am Charakter des jeweiligen Prozesses orientieren. Anhand einer systematischen Literaturanalyse ermitteln die Autoren die gängigen Prozessmerkmale und fassen diese zu übergeordneten Merkmalskategorien zusammen. Daraus leiten sie Empfehlungen für die Praxis des Prozessmanagements ab.
- zfo-Toolkit
290 Kundenbindung mit dem Prozess-Qualitäts-Cockpit
Roman Stöger



Spektrum

- 282** Impressum
- 293** Rezension
- 295** Aktuelles
- 297** Verbandsmitteilungen
- 304** Call for Papers/Vorschau



Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

1921

Entscheidungen

- BGH:** Keine Haftung des vor Fälligkeit der Einlageforderung ausgeschiedenen Gesellschafters für Fehlbeträge im Kaduzierungsverfahren (19.5.2015 – II ZR 291/14)
- BGH:** Bestrafung wegen Bestechlichkeit eines Amtsträgers eines anderen EU-Mitgliedstaates (10.6.2015 – I StR 399/14)
- BGH:** Fristgemäße Einzahlung eines Kostenvorschusses (10.7.2015 – V ZR 154/14)
- BGH:** Reichweite der mit der Zustellung eines Mahnbescheids verbundenen Hemmungswirkung (16.7.2015 – III ZR 238/14)
- OLG Frankfurt a.M.:** Wettbewerbsverstoß – unlautere Herabsetzung eines Unternehmens (18.6.2015 – 6 U 46/14)
- BGH:** Preisdarstellung bei Flugbuchungen im Internet – Buchungssystem (30.7.2015 – I ZR 29/12)

Aufsätze

Prof. Dr. Jürgen Oechler

1923

Verdeckte Sachmängel beim Verbrauchsgüterkauf – die Beweislastfrage nach der Faber-Entscheidung des EuGH

Mit seiner Entscheidung in Sachen *Froukje Faber* gibt der EuGH der umstrittenen Frage nach der Darlegungs- und Beweislast für verdeckte Sachmängel in § 476 BGB neue Impulse: Danach trägt der Käufer zwar grundsätzlich die Beweislast für das Vorhandensein eines Sachmangels bei Gefahrübergang, doch darf ihm die Rechtsprechung mit Beweiserleichterungen entgegenkommen. Ob und inwieweit das Beweismaß für den Käufer künftig im Einzelfall gesenkt werden kann, hängt vor allem vom Schutzzweck des vereinheitlichten Verbrauchsgüterkaufrechts ab, integrierte Konsumentenmärkte auf dem Binnenmarkt zu ermöglichen.

Dr. Maria Mesch, LL.M., RAin

1926

Die Handlungsgrenzen für Masterfranchisegeber aufgrund von Exklusivitätsvereinbarungen

Masterfranchiseverträge dienen dazu, neue – in der Regel ausländische – Gebiete mit dem Franchise-Konzept zu erschließen. Dies ist mit erheblichem persönlichen und finanziellen Einsatz für den Masterfranchisenehmer verbunden. Der Masterfranchisenehmer verlangt daher meist einen Schutz in Form einer Exklusivitätsvereinbarung. Der Beitrag zeigt die mit einer Exklusivitätsvereinbarung einhergehenden Beschränkungen für den Masterfranchisegeber auf und untersucht die Möglichkeiten, diese abzumildern.

Entscheidungen

- EuGH:** Beweislastverteilung beim Verbrauchsgüterkauf – Faber (4.6.2015 – C-497/13) 1930
- BGH:** Unwirksamkeit einer Kündigungsklausel in AGB-Sparkassen wegen Intransparenz (5.5.2015 – XI ZR 214/14 – dazu BB-Kommentar von PD Dr. Sebastian Omlor, LL.M. [NYU], LL.M. Eur.) 1935
- LG München I:** Anspruch des GmbH-Geschäftsführers auf Haftungsfreistellung bei Verweigerung der Zustimmung zur Insolvenzantragstellung durch Gesellschafter (22.5.2015 – 14 HK O 867/14) 1938

Neuerscheinung Buch

Säcker, EEG 2014, Sonderband Energierecht

Mit Änderungsentwurf der Bundesregierung vom 1.4.2015
1.982 Seiten, € 198,00
ISBN: 978-3-8005-1567-7 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Steuerrecht

Die Woche im Blick

1941

Entscheidungen

- EuGH:** Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes (9.7.2015 – C-114/14 (Tomoiağä))
- BFH:** GewSt-Anrechnung nach § 35 EStG für Veräußerungsgewinne nach Umwandlung einer Organgesellschaft in eine PersGes (28.5.2015 – IV R 27/12)
- BFH:** Unentgeltliche Übertragung eines Kommanditanteils unter Nießbrauchsvorbehalt (6.5.2015 – II R 34/13)

Aufsätze

Prof. Dr. W. Christian Lohse, VRIFG i.R.

1942

Die MwSt-IdNr. des Abnehmers als Steuerbefreiungsvoraussetzung für innergemeinschaftliche Lieferungen

Der BFH wollte mit seiner Vorlage an den EuGH in der Rechtssache VSTR die Bedeutung der Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer für die Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen klären. Da VSTR die erste Lieferung eines grenzüberschreitenden Reihengeschäfts ausführte, aber keine Beförderung vornahm, warf der EuGH in den Vorbemerkungen seines Urteils die Frage auf, ob diese Lieferung überhaupt als steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferung in Betracht komme.

Dipl.-Finw. (FH) Stephan Golombek, RA/StB

1946

Zum Umfang der richterlichen Inhaltskontrolle einer verbindlichen Auskunft – ein Rettungsversuch

Die Unternehmensleitung trägt der hauseigenen Steuerabteilung oder ihrem Steuerberater bestimmte Investitionspläne vor und beauftragt diese mit einer Stellungnahme zu den für das Unternehmen oftmals entscheidungserheblichen Steuerfolgen. Die folgende Prüfung identifiziert zwar potentielle Steuerlasten. Eine abschließende Beurteilung ist jedoch insbesondere mit Blick auf den besonders gelagerten Einzelfall nicht möglich. „Das können wir nur über eine verbindliche Auskunft und falls notwendig auch vor Gericht klären lassen.“ Eine schnell ausgesprochene Empfehlung, bei der man die Rechnung nicht ohne den BFH machen sollte.

Dr. Rosemarie Portner, LL.M. (Harvard), RAin/StBin

1952

Der VIII. Senat des BFH schafft Klarheit für die Besteuerung von Kapitalleistungen schweizerischer Pensionskassen und Anlagestiftungen privater Arbeitgeber

Die Veröffentlichung der Urteile des BFH vom 26.11.2014 – VIII R 31/10, VIII R 38/10, VIII R 39/10 sowie vom 2.12.2014 – VIII R 40/11 wurde seit Langem mit Spannung erwartet. In den vier Entscheidungen befasst sich der BGH insbesondere mit der Besteuerung von Kapitalauszahlungen – privater – schweizerischer Pensionskassen und Anlagestiftungen bei im Inland unbeschränkt steuerpflichtigen Grenzgängern in die Schweiz.

Entscheidung

- BFH:** Zum Begriff der groben Fahrlässigkeit i.S. von § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO (10.2.2015 – IX R 18/14 – dazu BB-Kommentar von Dr. Christina Hildebrand, RAin/FAinStR/StBin) 1957

Aktuelle Veranstaltung

BB-Fachkonferenz Finanzgerichtsprozesse

Finanzgerichtsprozesse erfolgreich führen – Taktiken und Fallstricke
15.10.2015, Frankfurt am Main
Infos und Anmeldung: <http://veranstaltungen.ruw.de/fg2015frankfurt>



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1961

Entscheidung

BFH: Vermarktungskostenzuschuss eines Filmfonds kann als partiarisches Darlehen zu beurteilen sein (21.5.2015 – IV R 25/12)

Rechnungslegung

IASB: Anpassungsvorschläge zu IFRS 15

FASB: ASU No. 2015-12 veröffentlicht

EFRAG: Stellungnahme zu ED/2015/5

BaFin: Leverage Ratio: Information zum Meldewesen und zur Offenlegung

DRSC: Mitschnitt der 40. Sitzung des IFRS-Fachausschusses

DStV: Corporate Social Responsibility (CSR) – Ablehnung der Erweiterung der Berichtspflichten über die EU-Anforderungen hinaus

DStV: Für Blockheizkraftwerke wird es ertragsteuerlich heiß

Aufsatz

Dipl.-Volksw. **Dr. Eike Dirk Eschenfelder**, RA

1963

Haftungstücken für Wirtschaftsprüfer und andere Experten bei unternehmensberatenden Tätigkeiten in Krisen- und Sanierungsfällen

Die Aufarbeitung von Krisensituationen in Unternehmen ging in den letzten Jahren Hand in Hand mit einer erweiterten Judikatur zu Fragen der Expertenhaftung. Der Versuch der Schadensminderung bzw. Massemehrung führt schnell zu der Suche nach Verantwortlichen und kann sowohl aktuelle wie ehemalige Organmitglieder als auch für das Unternehmen zuvor tätig gewordene externe Berufsträger, wie Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, vereidigte Buchprüfer, Rechtsanwälte und – ganz allgemein – Unternehmensberater treffen. In welchen Fällen diese Experten insoweit Haftungsrisiken ausgesetzt sind, wem gegenüber und in welchem Umfang sie haften, wird in dem Beitrag untersucht.

Entscheidungen

BFH: Anforderungen an die Schätzung mittels eines Zeitreihenvergleichs 1968

(25.3.2015 – X R 20/13 – dazu BB-Kommentar von **Stephan Abele**, RA/StB)

BMF: Bilanzierung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands 1969

(13.7.2015 – IV C 6 – S 2133/09/10002 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Asmus Mihm**, RA/FAStR)

BMF: Übertragung von Versorgungsverpflichtungen und -ansprüchen auf Pensionsfonds – Anwendungen der Regelungen in § 4d Abs. 3 und § 4e Abs. 3 i. V. m. § 3 Nr. 66 EStG 1970

(10.7.2015 – IV C 6 – S 2144/07/10003 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Manfred Stöckler**, StB)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1971

Entscheidungen

BAG: Urlaubsanspruch bei Teilzeittätigkeit mit weniger Wochenarbeits Tagen – „Alturlaub“ (10.2.2015 – 9 AZR 53/14 (F))

BAG: Kürzung des Urlaubs wegen Elternzeit bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses (19.5.2015 – 9 AZR 725/13)

BAG: Hinterbliebenenversorgung – Späthenklausel und Altersdiskriminierung (4.8.2015 – 3 AZR 137/13)

BAG: Tarifpluralität und Eingruppierung (14.4.2015 – 1 ABR 66/13)

BAG: Schmerzensgeld und Schadensersatz im Berufsausbildungsverhältnis (19.3.2015 – 8 AZR 67/14)

BAG: AGG-Diskriminierung eines Bewerbers – Status als Bewerber zwecks Rechtsmissbrauch (18.6.2015 – 8 AZR 848/13 (A))

Aufsatz

Dr. Thomas Frank, RA

1973

Mobilitätsrichtlinie und Betriebsrente – Reform des Betriebsrentenrechts und Handlungsbedarf für Unternehmen

Gut Ding will Weile haben. Und so hat es knapp zehn Jahre Verhandlungszeit gedauert, bis am 20.5.2014 die so genannte Mobilitätsrichtlinie in Kraft getreten ist. Nach mehr als elf Jahren (damals mit dem Alterseinkünftegesetz vom 5.7.2004) steht eine weitere tiefgreifende Reform des Betriebsrentenrechts bevor. Am 1.7.2015 hat das Kabinett einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie beschlossen. Dieser Beitrag zeigt die zu erwartenden Änderungen auf und welche Folgen sich daraus für Unternehmen ergeben. Die Mobilitätsrichtlinie soll die Bedingungen für den Erwerb und die Wahrung von Zusatzrentenansprüchen verbessern und Hindernisse, die der Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten entgegenstehen, abbauen. Sie muss bis zum 21.5.2018 in nationales Recht umgesetzt werden. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie vom 1.7.2015 (nachfolgend: „Ges-E“) sollen die Änderungen am 1.1.2016 in Kraft treten. Lediglich die Änderung von § 16 BetrAVG soll bereits ab dem Tag der Verkündung des neuen Gesetzes gelten.

Entscheidungen

BAG: Krankheitsbedingte Kündigung – betriebliches Eingliederungsmanagement und Benachteiligung wegen Behinderung 1978

(20.11.2014 – 2 AZR 664/13)

BAG: Urlaubsgewährung nach fristloser Kündigung 1984

(10.2.2015 – 9 AZR 455/13 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Christian Ley**, RA/FAArbR)

Aktuelle Veranstaltung

Deutsche Arbeitsrechtskonferenz

Miteinander – Gegeneinander: Brennpunkte im betrieblichen Alltag

11.11.2015, Allianz Arena München

Infos und Anmeldung: www.arbeitsrechtskonferenz.de

Die Erste Seite

Dr. Michael Marquardt, RA/StB

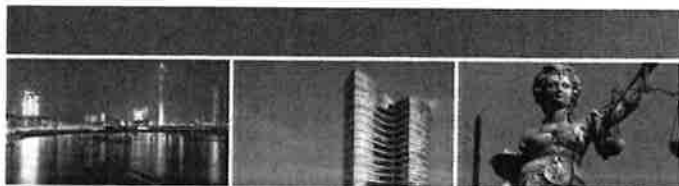
Automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten: Zwei Gesetzentwürfe gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung

Jobs der Woche

VII

Impressum/Vorschau

VIII



M&A-Konferenz 2016

21. Januar 2016 | Industrie-Club Düsseldorf

Betriebs-Berater

dfv Mediengruppe

36. Jahrgang
Heft 31
31. Juli 2015

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH: Kein Bankgeheimnis für Kontostammdaten bei Marken- fälschungen.	A 59	Nr. 225
EuGH: Geschäftsführer und Praktikant als Arbeitnehmer i. S. d. Massenentlassungs-RL	A 59	Nr. 226
BGH: Kein Entgelt für Buchungen auf Geschäftsgirokonto	A 59	Nr. 227
BGH zu Kartellverfahren wegen überhöhter Wasserpreise	A 59	Nr. 228
BGH zur Anfechtung einer Zahlung auf debitorisches Konto.	A 60	Nr. 229
BGH zur Vergütung des vorzeitig ausgeschiedenen Insolvenz- verwalters	A 60	Nr. 230
BGH: Verbot der Umgehung des Gegenanwalts auch für Insolvenzverwalter-Rechtsanwalt	A 60	Nr. 231
RegE zur Modernisierung des Vergaberechts	A 60	Nr. 232
Kleinanlegerschutzgesetz in Kraft.	A 60	Nr. 233

Aufsätze

<i>Hartmut Oetker, Kiel</i>	Weisungsrecht der Gesellschafterversammlung und Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats in der mitbestimmten GmbH	1461
<i>Jürgen Kohler, Greifswald</i>	Rang konvaleszierender Sicherungshypotheken im Fall des § 88 InsO	1471

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH	2. 6. 2015 – XI ZR 327/14 + Nichtleistungskondition zwischen Bank und Zahlungsempfänger bei einem wegen Widerrufs der Kontovollmacht unwirksamen Zahlungsauftrag	1477
-----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	23. 6. 2015 – II ZR 366/13 +	Zur Haftung des Geschäftsführers wegen Einzugs sicherungsabgetreter Forderungen auf debitorischem Konto	1480
BGH	16. 6. 2015 – II ZR 384/13 +	Aufhebung eines Unternehmensvertrags mit einer abhängigen GmbH nur zum Ende des Geschäftsjahrs oder des sonst vertraglich bestimmten Abrechnungszeitraums	1483
FG Köln	11. 6. 2015 – 13 K 3023/13	Einkommen- und Umsatzsteuerpflicht „räuberischer Aktionäre“	1487

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	2. 7. 2015 – III ZR 149/14	Je eigene Verjährung der Ansprüche eines Kapitalanlegers aus verschiedenen Aufklärungs- oder Beratungsfehlern	1491
BGH	25. 6. 2015 – III ZR 292/14 +	Einhaltung der 2-wöchigen Überlegungsfrist für beurkundungspflichtiges Verbrauchergeschäft auch bei freiem Rücktrittsrecht	1493

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	17. 6. 2015 – VIII ZR 19/14 +	Kündigung eines vom Insolvenzverwalter freigegebenen Wohnraummietverhältnisses wegen vor Insolvenzantrag aufgelaufener Mietrückstände	1496
BGH	21. 5. 2015 – III ZR 384/12	Keine Anmeldung von Zug-um-Zug-Forderungen zur Insolvenztabelle	1500
BFH	10. 2. 2015 – IX R 23/14 +	Entrichtungspflicht des Zwangsverwalters für Einkommensteuer auf Vermietungseinkünfte aus dem zwangsverwalteten Grundbesitz – auch bei Insolvenz des Vollstreckungsschuldners	1503
AG Charlottenburg	16. 3. 2015 – 36a IN 891/15	Ermächtigung des vorläufigen Insolvenzverwalters zur Einziehung sicherungsabgetreter Forderungen	1507
OVG Bautzen	30. 3. 2015 – 3 A 334/13	Entscheidung über die Klage gegen eine Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit trotz Insolvenzeröffnung (LS)	1507

Arbeits- und Sozialrecht

BAG	18. 6. 2015 – 8 AZR 848/13 (A)	EuGH-Vorlage zum Entschädigungsanspruch für AGG-Hopper (m. Anm. <i>Robert von Steinau-Steinrück/Elin Reiter</i>)	1508
-----	--------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	19. 5. 2015 – XI ZR 27/14	Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte aufgrund rügeloser Einlassung in der Klageerwiderung	1511
BGH	10. 3. 2015 – VI ZR 215/14	Zur Berufungsbegründung bei Klageabweisung allein wegen Verjährung (LS)	1512

ZIP

36. Jahrgang
Heft 32
7. August 2015

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a.D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a.D. Dr. h. c. V. Röhricht
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

BGH zur Rückabwicklung von Lebens- und Rentenversicherung . . .	A 61	Nr. 234
BGH zur Verjährungshemmung durch Mahnbescheid	A 61	Nr. 235
BGH zur Löschung der Farbmarke Nivea-Blau	A 61	Nr. 236
BGH zum Nacherfüllungsverlangen des Käufers.	A 61	Nr. 237
BAG zu Altersdiskriminierung durch Spätehenklausel.	A 62	Nr. 238
BFH zur Verjährung des Aufrechnungsverbots nach § 96 InsO. . . .	A 62	Nr. 239
LG München I: Höhere Abfindung für MAN-Aktionäre	A 62	Nr. 240

Aufsätze

<i>Heinz Vallender, Köln</i>	Europaparlament gibt den Weg frei für eine neue Europäische Insolvenzverordnung	1513
<i>Damian Schmidt Johannes Stürner, Stuttgart</i>	Die teleologische Reduktion des Konvergenzgebots bei Einziehungs- beschlüssen in der GmbH	1521

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH	24. 3. 2015 – XI ZR 278/14	Zur Entstehung des Schadensersatzanspruchs eines Anlegers bei pflicht- widrig empfohlenen Wertpapieren	1527
-----	----------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Such-
funktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	19. 5. 2015 – II ZR 291/14	Keine Ausfallhaftung des vor Fälligkeit der Einlageschuld eines Mitgesellschafters ausgeschiedenen GmbH-Gesellschafters	1530
BGH	28. 4. 2015 – II ZB 13/14	Fortsetzung einer durch Insolvenzeröffnung aufgelösten GmbH nur in den gesetzlich geregelten Fällen	1533
LG Frankfurt/M.	22. 4. 2015 – 5-12 Qs 1/15	Keine Strafbarkeit des geschäftsführenden Alleingesellschafters wegen Bestechlichkeit bzw. Bestechung im geschäftlichen Verkehr	1534
LG München I	19. 2. 2015 – 5 HK O 830/13	Außerordentliche Kündigung eines Vorstandsmitglieds wegen nicht betrieblich veranlasster privater Ausgaben	1537

Vertrags- und Haftungsrecht

EuGH	21. 5. 2015 – Rs C-322/14	Einbeziehung einer Gerichtsstandsvereinbarung in AGB per click wrapping („El Majdoub“)	1540
OLG Schleswig	9. 3. 2015 – 5 U 203/14	Zur Haftung gebundener Vermittler wegen fehlerhafter Anlageberatung („Infinus AG“)	1542
BGH	25. 3. 2015 – VIII ZR 125/14	Zur Vereinbarung einer Gerichtsstandsklausel in einem dem CISG unterfallenden Kaufvertrag (LS)	1545

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	9. 7. 2015 – IX ZR 207/13	Zur Insolvenzanfechtung von Zahlungen auf das debitorische Konto des Gläubigers	1545
BGH	6. 7. 2015 – AnwZ (Brfg) 24/14	Zur Anwendung des anwaltlichen Berufsrechts auf den Insolvenzverwalter-Rechtsanwalt	1546
BGH	30. 4. 2015 – IX ZR 149/14	Zur Kenntnis von der Zahlungseinstellung bei verspäteten Ratenzahlungen auf eine relativ geringfügige Forderung	1549
OLG Köln	25. 2. 2015 – 2 Wx 29/15	Zum grundbuchtauglichen Nachweis der Voraussetzungen einer insolvenzrechtlichen Rückschlagsperre (m. Anm. Christian Kessler)	1551
LG Landshut	20. 7. 2015 – 33 T 1203/15	Keine Einsicht der Insolvenzgläubiger in die Unterlagen des Gläubigerausschusses	1554

Arbeits- und Sozialrecht

EuGH	9. 7. 2015 – Rs C-229/14	Berücksichtigung von Geschäftsführern und Praktikanten beim Schwellenwert für eine Massenentlassungsanzeige („Balkaya“)	1555
------	--------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	19. 3. 2015 – V ZB 158/14	Zur internationalen Zuständigkeit für dingliche Klage	1558
-----	---------------------------	-----------------------------------------------------------------	------

ZIP

ZEuP Zeit Europäisches P

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7233

3/2015



<i>Christoph Möllers</i> Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem	461
<i>Stefano Troiano</i> Italienisches Kindschaftsrecht	469
<i>Judith Schacherreiter</i> Fremde Eingriffsnormen im Vertragsrecht	497
<i>Chris Thomale</i> Verstärkte Zusammenarbeit	517
<i>Rafael Harnos</i> Effektivitätsgebot und Anlegerschutzrecht	546
<i>Johannes Liebrecht</i> Heinrich Brunner (1840-1915)	569
<i>Alexander Wittwer/Andreas Fussenegger</i> EuGH-Rechtsprechung zur EuGVVO 2013 und 2014	582
Entscheidungen	
<i>Marc-Philippe Weller/Franziska Grethe</i> Diskriminierung bei Hotelübernachtung	606
<i>Christoph Wendelstein</i> Vertrags- und Deliktsgerichtsstand	622
<i>Konrad Duden</i> International Surrogate Motherhood	637
Dokumentation	661
Bibliothek	674

Herausgegeben von
Jürgen Basedow
Eva-Maria Kieninger
Reiner Schulze
Gerhard Wagner
Marc-Philippe Weller
Reinhard Zimmermann

Verlag C.H.BECK





Inhaltsverzeichnis

Leitartikel

- Christoph Möllers*: Grundrechtsschutz: Wäre weniger mehr? – zu
Friktionen im europäischen Mehrebenensystem 461

I. Artikel

- Stefano Troiano*: Grundlagen und Gestalt der Reform des italienischen
Kindschaftsrechts. 469
- Judith Schacherreiter*: Der missglückte Legal Transplant des Art. 9 Abs. 3
Rom I-VO – Eine Kritik an der Regelung fremder Eingriffsnormen
im europäischen internationalen Vertragsrecht 497
- Chris Thomale*: Verstärkte Zusammenarbeit als Einigungsersatz? – Eine
Gegenrede am Beispiel des Europäischen Privat- und Gesellschafts-
rechts 517
- Rafael Harnos*: Einfluss des europarechtlichen Effektivitätsgebots auf das
Anlegerschutzrecht. 546

Rückblick

- Johannes Liebrecht*: Europäische Privatrechtsgeschichte bei Heinrich
Brunner (1840-1915). 569

II. Entwicklungen

- Alexander Wittwer/Andreas Fussenegger*: EuGH-Rechtsprechung zur
EuGVVO aus den Jahren 2013 und 2014 582

III. Entscheidungen

- Marc-Philippe Weller/Franziska Grethe*: Diskriminierungsverbot aufgrund
sexueller Orientierung beim Hotelübernachtungsvertrag – Entschei-
dung des Supreme Court of the United Kingdom vom 27. Novem-
ber 2013. 606
- Christoph Wendelstein*: Wechselseitige Begrenzung von Vertrags- und
Deliktsgerichtsstand im Rahmen des europäischen Zuständigkeits-
rechts – Entscheidung des EuGH vom 13. März 2014 622

- Konrad Duden*: International Surrogate Motherhood – Shifting the Focus to the Child – Judgments of the European Court of Human Rights of 26 June 2014 and of the German Bundesgerichtshof of 10 December 2014. 637

IV. Dokumentation

Information

- Claudia Mayer*: 12. Symposium für Europäisches Familienrecht – Künstliche Fortpflanzung und Europäisches Familienrecht, 2. bis 4. Oktober 2014, Regensburg. 661

- Lydia Beil/Sandra Kühn*: Kohärenz im Europäischen Internationalen Privat- und Verfahrensrecht – Tagung in Freiburg im Breisgau am 10. und 11. Oktober 2014 664

- Thomas Riehm*: Tagungsbericht 5èmes journées franco-allemandes am 23.-24.10.2014 in Münster. 667

Studium

- Anna Kane/Stefan Voigt*: Das European Doctorate in Law and Economics (EDLE) 671

V. Bibliothek

- J. Michael Milo/Jan H. A. Lokin/Jan M. Smits (eds.): Tradition, Codification and Unification. Comparative-Historical Essays on Developments in Civil Law (2014) (*Phillip Hellwege*) 674

- Félicie Schneider: Die Leistungsverfügung im niederländischen, deutschen und europäischen Zivilprozessrecht (2013) (*Christian Heinze*) 677

- Christoph Grabenwarter: European Convention on Human Rights – Commentary (2014) (*Stefan Pernert*) 678

- Katharina Boele-Woelki/Nina Dethloff/Werner Gephart (eds.): Family Law and Culture in Europe: Developments, Challenges and Opportunities (2014) (*Anatol Dutta*) 679

- Carlos Esplugues/José Luis Iglesias/Guillermo Palao (eds.): Civil and Commercial Mediation in Europe (2014) (*Felix Wendenburg*) 682

Zu guter Letzt

- Alisdair MacPherson/Reinhard Zimmermann*: The Clapham Omnibus – Revisited 685



Inhalt

Aufsätze

Markus Geißler

Das zur Vermeidung der Überschuldung vereinbarte Nachrangdarlehen und die Folgen bei dessen rechtsverstößlicher Rückzahlung durch die Gesellschaft — 345

Dokumentation

BMF, Schreiben vom 20. 5. 2015 – IV A 3 – S 0550/10/10020-05

Anwendungsfragen zu § 55 Abs. 4 InsO — 353

Rechtsprechung

Europäische Gerichtsbarkeit

EuGH, Urteil vom 13. 5. 2015 – Rs. C-392/13 – Rabal Cañas

Feststellung des Vorliegens von Massentlassungen — 359

Arbeitsgerichtsbarkeit

BAG, Urteil vom 12.3.2015 – 6 AZR 82/14

Klageverzicht in einem Formularaufhebungsvertrag — 366

Zivilgerichtsbarkeit

BGH, Versäumnisurteil vom 2. 12. 2014 – II ZR 322/13

Einziehung eines GmbH-Geschäftsanteils — 369

BGH, Urteil vom 9. 12. 2014 – II ZR 360/13

Zahlung aus dem Vermögen einer GmbH & Co. KG an einen Gesellschafter der Komplementär-GmbH — 372

BGH, Beschluss vom 18. 12. 2014 – IX ZB 22/13

Gesondertes Insolvenzverfahren über frei gegebenes Vermögen des Schuldners aus seiner selbständigen Tätigkeit — 375

BGH, Beschluss vom 18. 12. 2014 – IX ZB 34/14

Weiterverfolgung eines Insolvenzantrags nach Forderungsausgleich — 377

BGH, Urteil vom 8. 1. 2015 – IX ZR 198/13

Kenntnis vom Gläubigerbenachteiligungsvorsatz bei Schneeballsystem — 380

BGH, Urteil vom 20. 1. 2015 – II ZR 369/13

Nichtigkeit von Kundenschutzklauseln — 382

BGH, Urteil vom 5. 3. 2015 – IX ZR 133/14

(Besprechung Markus Geißler, S. 345)

Begleichung einer mit einem qualifizierten Rangrücktritt versehenen Verbindlichkeit bei Insolvenzreife — 384

Buchbesprechung

Univ.-Prof. em. Dr. iur. Dr. h.c. mult. Harm Peter Westermann:

Walter Krug (Hrsg.), Pflichtteilsprozess — 391

Veranstaltungen — 393

Nachrichten — 394



D3-7226

EUROPEAN COMPANY FINANCIAL LAW REVIEW

ONDERNEMINGSRECHT · RDS · REV. PRAT. SOC. · REV. SOCIÉTÉS · RIV. SOCIETÀ · SZW · ZGR

ECFR

CONTENTS

Heribert Hirte
Ten Years: European Company and Financial Law Review (ECFR)
 112

Michael Meister
The European Banking Union
 115

Pierre-Henri Conac
**The Societas Unius Personae (SUP):
A "Passport" for Job Creation and Growth**
 139

Jesper Lau Hansen
The SUP Proposal: Registration and Capital (Articles 13-17)
 177

Vanessa Knapp
**Directive on Single-Member Private Limited Liability Companies:
Distributions**
 191

Christoph Teichmann
**Corporate Groups within the Legal Framework of the European
Union: The Group-Related Aspects of the SUP Proposal and the EU
Freedom of Establishment**
 202

Stephan Harbarth
**From SPE to SMC: The German Political Debate on the Reform of the
"Small Company"**
 230

Corrado Malberti
**The relationship between the Societas Unius Personae proposal and
the *acquis*: Creeping Toward an Abrogation of EU Company Law?**
 238

Alexander Schall
**The Forthcoming ECJ Decision of the *Kornhaas* Case (C-594/14) -
The Final Chapter of the European Traveller's Tales?**
 280

Special Report

Forum Europaeum on Company Groups
**Proposal to Facilitate the Management of Cross-Border Company
Groups in Europe**
 299

in Verbindung mit

Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Buergenthal, GWU, Washington, DC; vorm. Richter am IGH; vordem Präsident des IAGMR, San José

Dr. h. c. Hans Danelius, vorm. Richter am Obersten Gerichtshof, Stockholm, und am VerfGH von Bosnien-Herzegowina, Sarajevo

Prof. Dr. Dr. h. c. Jochen Abr. Frowein, vorm. Direktor am Max-Planck-Institut für ausl. öffentl. Recht und Völkerrecht, Heidelberg

Prof. Dr. Dr. Christoph Grabenwarter, Wirtschaftsuniversität Wien, Richter am Verfassungsgerichtshof, Wien

Prof. Dr. Constance Grewe, Professorin an der Université de Strasbourg; Richterin am Verfassungsgerichtshof von BiH, Sarajevo

Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien

Dr. h. c. Renate Jaeger, Schlichterin für die Rechtsanwaltschaft, Berlin; vorm. Richterin am EGMR; vordem Richterin des BVerfG

The Right Hon. Lord Mance, Richter am Supreme Court of the United Kingdom, London

Prof. Dr. Jörg Paul Müller, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern

Prof. Dr. Dr. h. c. Gil Carlos Rodríguez Iglesias, vorm. Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

Prof. Dr. László Sólyom, vorm. Präsident der Republik Ungarn; vordem Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Budapest

Prof. Dr. Dr. h. c. Christian Tomuschat, Professor für öffentl. Recht, insb. Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin

Herausgegeben von Dr. h. c. Norbert Paul Engel

Schriftleitung Rechtsanwältin Dr. h. c. Erika Engel

EuGRZ

31. Juli 2015

42. Jg. Heft 12-14

ISSN 0341/9800

Seiten 353-444

1. Aufsätze

Koen Lenaerts, Luxemburg

In Vielfalt geeint / Grundrechte als Basis des europäischen Integrationsprozesses 353

Rüdiger Zuck, Stuttgart

Die Neufassung der Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts 362

2. Entscheidungen

- EGMR – 15. 1. 15 – Durchsetzung des Umgangsrechts des nichtehelichen Vaters mit seinem Kind gegen den Willen von Mutter und Kind / *Kuppinger gegen Deutschland* 368
- EuGH – 16. 6. 15 – OMT-Beschluss der EZB mit Unionsrecht vereinbar / Rs. *Gauweiler u.a.* 379
- EuGH – 11. 6. 15 – Zwangsumtausch griechischer Staatsanleihen / Zustellung von Klagen auf Entschädigung vor deutschen Gerichten / Rs. *Fahnenbrock u.a.* 389
- EuGH – 24. 6. 15 – Ausweisung wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung / Rs. *T.* 393
- EuGH – 4. 6. 15 – Integrationspflicht von Drittstaatsangehörigen / Rs. *P und S* 402
- EuGH – 13. 5. 15 – Referenzeinheit des „Betriebs“ für Massenentlassungen bestätigt / Rs. *Rabal Cañas* 407
- EuGH – 4. 6. 15 – Vorlagerecht zur Vorabentscheidung an EuGH besteht trotz anhängigen Verfahrens vor nationalem Verfassungsgericht / Rs. *Kernkraftwerke Lippe-Ems* 413
- BVGer – 12. 3. 15 – Gewährleistung kindgerechter Unterbringung und Wahrung der Familieneinheit von Asylsuchenden / hier: Überstellung nach Italien / Umsetzung des EGMR-Urteils Tarakhel durch schweizerisches Bundesverwaltungsgericht ... mit Anm. Steinmann 415
- VfGH – 10. 3. 15 – Ausschluss der Ablehnung eines im Ermittlungsverfahren im Auftrag der Staatsanwaltschaft tätig gewesenen Sachverständigen als befangen / Verletzung der Waffengleichheit (Art. 6 EMRK) Pöschl 418
- BVerfG – 19. 5. 15 – Luftangriff auf zwei von den Taliban entführte Tank-Lkw in Kunduz 2009 / Zahlreiche zivile Todesopfer / Einstellung der Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen Beschuldigte der Bundeswehr nicht zu beanstanden 429
- BVerfG – 25. 4. 15 – Gegen nichtehelichen Vater gerichtlich verhängter Umgangsausschluss mit seinem Kind verfassungsgemäß / Fall *Kuppinger* 433
- BVerfG – 4. 5. 15 – Versagung von Prozesskostenhilfe bei gleichzeitiger Zulassung der Revision 438
- BVerfG – 29. 4. 15 – Nichtbescheidung eines Antrags auf anwaltliche Beratungshilfe 440

3. Dokumentation

- EP – 10. 6. 15 – Kritik an der vom ungarischen Ministerpräsidenten Orbán befeuerten Debatte über eine Wiedereinführung der Todesstrafe / Prüfung von Sanktionsmöglichkeiten 442

4. Laufende Verfahren

- BVerfG – 17. 4. 15 – Abschiebung einer Familie mit Kleinstkindern nach Italien vorläufig untersagt / Erforderliche Zusagen / Parallellfall zum EGMR-Urteil im Fall *Tarakhel* gegen Schweiz ... 444



Inhaltsverzeichnis

Die erste Seite

Islamic Banking in Frankfurt: Kuveyt Türk Bank AG ist die erste islamische Universalbank im Euroraum
Dr. Matthias Henke, Rechtsanwalt, Düsseldorf

Aufsätze:

Vertragsgestaltung im deutsch-iranischen Wirtschaftsverkehr

Dr. Kilian Bälz, LL.M. (London), Rechtsanwalt, Berlin, und Dr. Tannaz Jourabchi-Eisenhut, LL.M. (Harvard), Attorney at Law (New York), München/Teheran 473

Der Rechtscharakter der Lizenz im chinesischen Recht

Dr. Yi Zhang, LL.M., München/Shenzhen 477

„Medical Monitoring Costs“ in den USA

Phillip K. Schulz, LL.M., Rechtsanwalt, Hannover 488

„Failure to comply with the rules“ – Auswirkungen einer fehlerhaften Disclosure auf einen englischen Prozess

Stefanie Raschke, Rechtsanwältin, München 493

Internationales Wirtschaftsrecht:

EuGH: Griechischer Schuldenschnitt – Zustellung deutscher Klagen gegen den griechischen Staat (11. 6. 2015 – C-226/13, C-245/13, C-247/13, C-578/13) 499

RIW-Kommentar von Prof. Dr. Oliver L. Knöfel, Frankfurt (Oder) 503

EuGH: Zulässiger Ankauf von Staatsanleihen einzelner Euro-Staaten durch die EZB im Rahmen des OMT-Programms (16. 6. 2015 – C-62/14) 505

EuGH: Durchsuchung von Geschäftsräumen infolge eines von der Kommission erlassenen Beschlusses in Wettbewerbs-sachen ohne vorherige richterliche Genehmigung – Begründung des Beschlusses und Beweisverwertungsverbot (18. 6. 2015 – C-583/13 P) 513

EuGH: Anfechtbarkeit einer Antidumpingverordnung – Beweislast (16. 4. 2015 – C-143/14) 518

BGH: Vorlage an den EuGH – Grundsteuerlast als dingliches Recht i. S. d. EuInsVO? (12. 3. 2015 – V ZB 41/14) 521

RIW-Kommentar von Dr. Werner Roderfeld, Rechtsanwalt, Dresden 524

BGH: Markenschutz im Inland für rechtserhaltende Benutzung (27. 11. 2014 – I ZR 91/13) 526

BGH: EEG-Ausgleichsregelung ist keine Beihilfe i. S. d. Art. 107 AEUV (6. 5. 2015 – VIII ZR 56/14) 530

OLG Schleswig-Holstein: Kein deutscher Gerichtsstand für Anleihekläger gegen Griechenland wegen des griechischen Schuldenschnitts (4. 12. 2014 – 5 U 89/14) 530

Internationales Steuerrecht und Zollrecht:

EuGH: Freizügigkeit – Gewährung von Steuervorteilen bei nur zeitweiser Tätigkeit eines Arbeitnehmers in dem den Steuervorteil gewährenden Mitgliedstaat (18. 6. 2015 – C-9/14) 530

EuGH: Zollkodex – Entzug aus der zollamtlichen Überwachung und verspätete Warengestellung bei der Bestimmungsstelle (25. 6. 2015 – C-187/14) 533

BFH: Sog. Vorbezug aus einer privaten schweizerischen Pensionskasse für Grenzgänger ab 2005 (26. 11. 2014 – VIII R 39/10) 537

BFH: Kapitalabfindung der betrieblichen Altersrente seitens einer schweizerischen Pensionskasse an Grenzgänger ab 2005 (26. 11. 2014 – VIII 38/10) 543

BFH: Austrittsleistung aus einer schweizerischen Anlagestiftung an einen inländischen Grenzgänger – Zufließen von Einnahmen (2. 12. 2014 – VIII R 40/11) 548

BFH: Austrittsleistungen eines Grenzgängers aus einer schweizerischen Pensionskasse und Anlagestiftung (26. 11. 2014 – VIII R 31/10) 548

Rubriken:

RIW-Impressum S. IV

Buchtipps

Binding/PiBler/Xu (Hrsg.)

Chinesisches Zivil- und Wirtschaftsrecht, 1. Auflage
Für deutsche Leser verständlich aufbereitet!

334 Seiten, € 179,00

ISBN: 978-3-8005-1585-1 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Geschäftsführung: Angela Wisken (Sprecherin), Peter Esser, Markus Gotta, Peter Kley, Holger Knapp, Sönke Reimers

Leitender Redakteur: Dr. Roland Abele

Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Klaus Peter Berger, LL.M., Köln; Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Bremen; Prof. Dr. Rolf Birk, Trier; Prof. Dr. Gerardo Brogini, Mailand; Prof. Dr. Gudula Deipenbrock, Berlin; Prof. Dr. Dres. h. c. Werner F. Ebke, LL.M., Heidelberg; Prof. Dr. Horst Eidenmüller, LL. M., München; Prof. Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Stephan R. Göthel, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Jan von Hein, Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Abbo Junker, München; Prof. Dr. Peter Kindler, München; Christian Klein, Paris; Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M., Wien; Prof. Dr. Herbert Kronke, Heidelberg; Prof. Dr. Ulrich Magnus, Hamburg; Prof. Dr. Peter Mankowski, Hamburg; Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Christoph G. Paulus, Berlin; Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, Heidelberg; Prof. Dr. Otto Sandrock, LL.M., Münster; Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf A. Schütze, Stuttgart; Prof. Dr. Dr. Peter Sester, St. Gallen; Prof. Dr. Kurt Siehr, Hamburg; Prof. Dr. iur. Dipl. oec. Gerald Spindler, Göttingen; Prof. Dr. Rolf Stürner, Freiburg i. Br.; Klaus Vorpeil, Bad Kreuznach; Prof. Dr. Bernd Waas, Frankfurt a. M.; Jürgen Wagner, LL.M., Konstanz/Zürich/Vaduz; Dr. Stephan Wilske, LL.M., Stuttgart.

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht



European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 14/2015

1. August · 26. Jahrgang 2015 · Seite 529–568

Inhalt

Gastkommentar	Christoph Gröpl/Matthias Heffinger Dobrindts „Wundertüte“ – die Infrastrukturabgabe auf Abwegen?	529
Europa-Report	Gesellschafts-, Handels-, Kartell-, Urheber-, Versicherungsrecht uvm	531
Aufsätze und Berichte	Simon Hirsbrunner Die Entwicklung der europäischen Fusionskontrolle im Jahr 2014	535
	Anke Ortmann Die Abstimmungsregel im Fiskalvertrag: Kollision von Völker- und Unionsrecht?	539
Zur Rechtsprechung	Thomas Arntz Weg frei für das Einheitspatent	544
Rechtsprechung		
EuGH	05. 05. 2015 – C-146/13 Patentrecht: Zurückweisung der Klage Spaniens gegen die Verordnung zum Einheitspatent	548
EuGH	05. 05. 2015 – C-147/13 Patentrecht: Zurückweisung der Klage Spaniens gegen die Sprachenregelung zum Einheitspatent	552
EuGH	04. 06. 2015 – C-497/13 Verbraucherrecht: Beweislastumkehr beim Verbrauchsgüterkauf (m. Anm. Peter Rott, S. 560)	556
EuGH	04. 06. 2015 – C-195/14 Lebensmittelrecht: Irreführende Etikettierung trotz korrekter Zutatenliste (m. Anm. Romyana Spasova, S. 564)	562
EuGH	21. 05. 2015 – C-322/14 EuGVVO: Gerichtsstandsvereinbarung bei Einbeziehung von AGB durch „click wrapping“ (m. Anm. Wolfgang Wurmnest, S. 567)	565

Wirtschaft und Recht in Osteuropa

WiRO 8/2015 · 24. Jahrgang

Ständige Mitarbeiter und Korrespondenten: *Albanien:* VRiBPatG Wolfgang Stoppel – *Belarus:* Jegor Zelianouski, RA Alexander Liessem – *Bosnien und Herzegowina:* RA Tomislav Pintarić – *Bulgarien:* RAin Stela Ivanova – *Estland:* Mirjam Vili, LL.M., RA Mark Butzmann – *Kasachstan:* Dmitry Marenkov – *Kosovo:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper – *Kroatien:* RA Tomislav Pintarić – *Lettland:* Elisabete Krivcova, LL.M., RA Theis Klauberg, LL.M., MBA – *Litauen:* Ruta Motiejunaite, RA Frank Heemann – *Moldawien:* RA Axel Bormann – *Mongolei:* Dr. Dietrich Nelle – *Polen:* RAin Tina de Vries – *Rumänien:* RA Axel Bormann – *Russische Föderation:* Antje Himmelreich – *Serbien:* RA Tomislav Pintarić – *Slowakische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Slowenien:* RA Tomislav Pintarić – *Tschechische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Ukraine:* Antje Himmelreich – *Ungarn:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper

INHALT

Aufsätze und Berichte

<i>R. Ruban</i>	Zur Intertemporalität der Vollmachten (mit Bezug zu der Neukodifizierung des tschechischen Privatrechts)	225
<i>T. de Vries</i>	Aktuelle Entwicklungen des polnischen Verbraucherschutzrechts	229
<i>C. Kurzböck/E. Ropková</i>	Das Erbrecht nach der Rekodifikation des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Tschechien – Teil 2	233
<i>U. Konst</i>	Freie Wirtschaftszonen in der Republik Moldau	237

Dokumente und Materialien

<i>R. Ruban</i>	Tschechische Republik: Anfechtung wegen Formmangel (Dokumentation)	241
-----------------	--------------------------------------------------------------------	-----

IOR-Chronik

Russische Föderation	Verfassungsgesetz über das Verfassungsgericht der RF, Staatsangehörigkeitsgesetz, Gesetze über die strategische Planung in der RF, über Konzessionsvereinbarungen, über nichtkommerzielle Organisationen, Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Verfassungsgesetz über die Wirtschaftsgerichte, Wirtschaftsprozessordnung u.a.	243
Ukraine	Gesetze über die Wahlen des Präsidenten, über das öffentliche Fernsehen und den Rundfunk, über das staatliche Auftragswesen, Notariatsgesetz, Strafgesetzbuch, Novelle der Antikorruptionsgesetzgebung, Gesetz über die Wiederherstellung des Vertrauens in die Gerichtsgewalt u.a.	247
Polen	Straßenverkehrsgesetz	250
Tschechische Republik	Gesetz über Exekutoren und Exekutionen, RegAO zu Ressorts im öffentlichen Dienst, Zivilrechtsreform u.a.	250
Slowakische Republik	Gesetz über die Vermeidung von schwerwiegenden Industriebavarien	251
Ungarn	Gesetze über die Schaffung eines Forderungsverwaltungsfonds, der die Schadensregulierung der Geschädigten von Quaestor gewährleistet, über einzelne Rechtsstatusgesetze u.a.	251
Republik Moldau	Gesetzesänderung zum institutionellen Kräfteverhältnis u.a.	252
Kosovo	Gesetz über Unternehmen im öffentlichen Eigentum	253
Albanien	Gesetze über das Recht auf Einsicht in die Unterlagen der Geheimpolizei, über Postdienste, über den diplomatischen Dienst, Verwaltungsverfahrensgesetz u.a.	253

Aus der Tätigkeit der IRZ

Implementierung des EU Grant „Promotion of Rule of Law in the Kyrgyz Republic“	254
--------------------------------------------------------------------------------	-----

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 452 06 49, Fax (09 31) 452 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de

Inhalt

Abhandlungen

Schöbel, Humor im Recht — 509
Reich, Drittmittelprojekte der Emeriti und Ruhestandsprofessoren — 515

Ausbildung und Prüfung

Aufgabe 5 der Ersten Juristischen Staatsprüfung 2012/2 — 541

Literatur

von der *Groeben/Schwarze/Hatje* (Hrsg.), Europäisches Unionsrecht. Kommentar zu Vertrag über die Europäische Union, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Kahl) — 543
Wölfl (Hrsg.), Der Fremdenverkehrsbeitrag (Wolff) — 544

Notizen

U. a. Nachrichten, Neues aus der Rechtsprechung, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — II, III, IV

Rechtsprechung

EuGH	U.v. 18.12.2014	Rs. C-354/13	Vorlage zur Vorabentscheidung; Sozialpolitik; Entlassung; Grund: Adipositas des Arbeitnehmers; allgemeines Verbot der Diskriminierung wegen Adipositas; Fehlen; Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf; Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung; Vorliegen einer „Behinderung“ — 520
BayVerfGH	E.v. 12.01.2015	Vf. 30-VI-13	Zweitwohnungsteuer; Ausnahme von der Steuerpflicht; verheirateter Berufstätiger; überwiegende Nutzung; Regelungslücke; Willkürverbot; Diskriminierung von Ehe und Familie; Familienautonomie; Eigentumsgrundrecht — 522
BayVGH	U.v. 11.03.2015	6 BV 14.280	Erschließungsbeitragsrecht; Immissionsschutzanlage; Lärmschutzwand zum Schutz vor Straßenlärm; beitragsfähige Erschließungsanlage; Erschließungslast der Gemeinde; vorhandene Bundesstraße; heranrückendes neues Baugebiet; Erforderlichkeit einer Lärmschutzanlage; Erschlossensein; Erschließungsvorteil; Lärmminde- rung; Erschließungsbeitragssatzung — 525
	B.v. 28.11.2014	10 ZB 13.13	Versammlung; Gegendemonstration; polizeiliche Maßnahmen; Gefahrenprognose; Verhältnismäßigkeit von weiträumigen Absperrungen; Abstellen von Polizeifahrzeu- gen an der Aufzugstrecke der angemeldeten Versammlung; Einschränkung des Rechts auf Gegendemonstrationen in Sicht- und Hörweite der angemeldeten Ver- sammlung — 529
	U.v. 15.07.2014	5 B 12.2271	Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit; erhebliche Nachteile wirt- schaftlicher oder vermögensrechtlicher Art; Arbeitsangebote ausländischer Firmen; Einkommensteuer USA – expatriation tax; Darlegungslast des Einbürgerungsbewer- bers — 532
BVerwG	U.v. 19.02.2015	1 C 17.14	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Annahme als Kind; Ruhen und spätere Wiederaufnahme des Annahmeverfahrens; missbräuchliches Verhalten — 535
BGH	U.v. 04.12.2014	III ZR 51/13	Vorbeugende (amtshaftungsrechtliche) Feststellungsklage; Heranziehungsbescheid (hier: Kosten zur Beseitigung von Umweltgefahren); (endgültig) eintretender Scha- den; Vorrang des Primärrechtsschutzes — 538
Wissenswertes für den Rechtsanwalt			
BayVGH	B.v. 27.10.2014	7 CE 14.10234 u. a.	Universität Würzburg; Humanmedizin; klinischer Teil des Studiengangs; Sommer- semester 2014 — 540



Inhalt

Abhandlungen und Aufsätze

<i>Kahraman Solmaz</i> , Die türkische Verfassung unter dem Einfluss des EU-Reformprozesses	159
<i>Robert Alexy</i> , Grundrechte, Demokratie und Repräsentation	201
<i>Shu-Perng Hwang</i> , Die Grundrechtsbindung des Gesetzgebers aus der Sicht Hans Kelsens	213

Berichte und Kritik

<i>Florian Meinel</i> , Unser Jahrhundert	231
<i>Michael Gal</i> , Der Staat in historischer Sicht. Zum Problem der Staatlichkeit in der Frühen Neuzeit	241
<i>Armin Steinbach</i> , Gesetzgebung und Empirie	267

Buchbesprechungen und Buchanzeigen

Wendel, Mattias, Permeabilität im europäischen Verfassungsrecht. Verfassungsrechtliche Integrationsnormen auf Staats- und Unionsebene im Vergleich (<i>Claudio Franzius</i>)	291
Farahat, Anuscheh, Progressive Inklusion – Zugehörigkeit und Teilhabe im Migrationsrecht (<i>Jan Bergmann</i>)	295
Brunkhorst, Hauke, Kritik und kritische Theorie (<i>Benedict Vischer</i>)	297
Nichelmann, Rolf, Form und Funktion der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (<i>Anna-Bettina Kaiser</i>)	300
Nowrot, Karsten, Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft. Methodische Annäherungen an die Normalität eines Verfassungsprinzips (<i>Rolf Gröschner</i>)	303
Ackerman, Bruce, We the People, Volume 3: The Civil Rights Revolution (<i>Werner Heun</i>)	307

ÖSTERREICHISCHE NOTARIATS ZEITUNG

147. JAHRGANG

06
2015

MONATSSCHRIFT FÜR NOTARIAT UND VERFAHREN AUSSER STREITSACHEN

Aus dem Inhalt:

BEITRÄGE

Patrick Schweda:

Zur Überwachungs- und Verbücherungsverpflichtung des Gerichtskommissärs
nach § 182 Abs 2 AußStrG Seite 201

Bernhard Frei und Wiltrud Frei:

ImmoESt und spätere Umwidmungen nach dem 2. AbgÄG 2014 Seite 219

RECHTSPRECHUNG

Rechtsfolgen der unvollständigen Verbücherung einer Exekutionsbewilligung
auf zwangsweise Pfandrechtsbegründung *Hans Hoyer* Seite 223

Erwerberhaftung nach § 38 UGB und § 1409 ABGB *Walter Brugger* Seite 226

Kraftloserklärung nach § 67 AktG *Patrick Schweda* Seite 229

Wirkliche Übergabe bei der Schenkung eines Bankkontos Seite 231

REDAKTION: Ludwig Bittner, Hans Hoyer, Waldemar Jud, Elisabeth Lovrek, Peter G. Mayr, Christian Rabl,
Alexander Schopper, Rudolf Welser, Alexander Winkler. BEIRAT: Hans Georg Ruppe, Karl Stöger, Wolfgang Zankl.

Inhalt

Beiträge

Patrick Schweda: Zur Überwachungs- und Verbücherungsverpflichtung des Gerichtskommissärs nach § 182 Abs 2 AußStrG	201
Bernhard Frei und Wiltrud Frei: ImmoESt und spätere Umwidmungen nach dem 2. AbgÄG 2014	219

Rechtsprechung

Grundbuch, Wohn- und Liegenschaftsrecht

Rechtsfolgen der unvollständigen Verbücherung einer Exekutionsbewilligung auf zwangsweise Pfandrechtsbegründung – OGH 28. 10. 2013, 8 Ob 21/13s: §§ 5, 14 GBG; § 451 ABGB; §§ 54, 73, 88, 210 EO (Anmerkung von Hans Hoyer)	223
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Erbrecht

Keine Angabe einer Erbquote in der Erbantrittserklärung – OGH 18. 11. 2014, 5 Ob 167/14s: §§ 805f ABGB; §§ 157, 159, 164, 177 AußStrG	225
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Firmenbuch und Unternehmensrecht

Erwerberhaftung nach § 38 UGB und § 1409 ABGB – OGH 26. 2. 2015, 8 Ob 2/15z: § 38 Abs 4 UGB; § 1409 ABGB (Anmerkung von Walter Brugger)	226
Kraftloserklärung nach § 67 AktG – OLG Wien 28. 4. 2015, 28 R 110/15z: §§ 14, 67 AktG (Anmerkung von Patrick Schweda)	229

Vertragsrecht

Wirkliche Übergabe bei der Schenkung eines Bankkontos – OGH 22. 1. 2015, 1 Ob 1/15a: § 943 ABGB	231
Fälligkeit des Werklohns trotz umsatzsteuerrechtlicher Rechnungsmängel – OGH 20. 1. 2015, 4 Ob 262/14d: §§ 11, 19 UStG; § 1170 ABGB	232

Treuhand, Exekutions- und Insolvenzrecht

Ausreichende Bescheinigung der Gefährdung des Pflichtteilergänzungsanspruchs – OGH 21. 1. 2015, 3 Ob 209/14b: §§ 785, 951 ABGB; § 379 Abs 2 Z 1 EO	232
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Verfahren außer Streitsachen

Zum Stufenbau der Sachwalterbestellung – OGH 18. 2. 2015, 2 Ob 131/14z: § 16 Abs 1, § 35 AußStrG; § 279 ABGB; §§ 19f JN; § 356 Abs 1 ZPO	234
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Standesrecht und Berufshaftung

Angemessenheitsprüfung bei einem Zeithonorar des Rechtsanwalts – OGH 29. 9. 2014, 8 Ob 92/14h: §§ 1002, 1152 ABGB; § 17 RAO; RATG	235
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Varia

Absolute Klagefrist in Abstammungssachen – OGH 22. 10. 2014, 3 Ob 148/14g: § 153 Abs 3 ABGB; Art IV § 5 Abs 2 FamErbRÄG 2004; § 534 Abs 1 und 3 ZPO	236
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Standesnachrichten und Mitteilungen	239
-----------------------------------------------	-----

Impressum	240
---------------------	-----



Archiv des Völkerrechts
53. Band · 1. Heft



Inhalt dieses Heftes

Abhandlungen

<i>Sven Peterke/Math Noortmann</i> : Transnationale kriminelle Organisationen im Völkerrecht: Mehr als Outlaws?	1
<i>Frank Hoffmeister</i> : Wider die German Angst – Ein Plädoyer für die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) .	35
<i>Steffen Hindelang</i> : Repellent Forces: The CJEU and Investor-State Dispute Settlement	68

Beiträge und Berichte

<i>Felix Würkert</i> : Historische Immunität? Anmerkung zu Sentenza Nr. 238 der Corte costituzionale vom 22. Oktober 2014	90
<i>Kai Schadle</i> : Das völkerrechtliche Verbot des Einsatzes chemischer Waffen im Bürgerkrieg: Der Syrienkonflikt als Fallstudie	121

Rezensionen

<i>Christine Meyer</i> : Menschenrechte in Afrika. Regionaler Menschenrechtsschutz als Herausforderung an menschenrechtliches Universalitätsdenken	141
Referentin: <i>Claudia Hofmann</i>	
<i>Helena Lindemann</i> : Kommunale Governance. Die Stadt als Konzept im Völkerrecht	144
Referent: <i>Helmut Philipp Aust</i>	
<i>Johanna Monien</i> : Prinzipien als Wegbereiter eines globalen Umweltrechts? – Das Nachhaltigkeits-, Vorsorge- und Verursachungsprinzip im Mehrebenensystem	147
Referent: <i>Dirk Hanschel</i>	

NJW-Inhalt

Aufsätze

Nikolaus Polzer / Frank Kafka

Verfallbare und unverfallbare Urlaubsansprüche

Das Urlaubsrecht wurde in den letzten Jahren wegen europarechtlicher Vorgaben grundlegend umgestaltet. Die Autoren zeichnen die Entwicklungslinien nach und geben einen Ausblick auf sich andeutende Rechtsprechungsänderungen. Zudem zeigen sie arbeitsvertragliche Gestaltungsmöglichkeiten auf und liefern zahlreiche Formulierungsvorschläge.

2289

Ludwig Bergner

Ausgleich von bereits laufenden kapitalgedeckten Versorgungen

Die letzte Strukturreform hat den Versorgungsausgleich weder einfacher noch gerechter gemacht, vor allem weil jedes einzelne Anrecht geteilt wird. Heftig umstritten ist der Ausgleich kapitalgedeckter Anrechte, aus denen bereits Versorgung bezogen wird. Der Autor entwickelt Grundsätze hierfür und zeigt Fehlentwicklungen in der jüngeren Judikatur auf.

2295

Claas Birkemeyer / Linus Meyer

Rückforderungslage beim Widerruf einer Subventionsbewilligung im Rahmen der Insolvenz

Wird ein Subventionsempfänger insolvent, kann die Bewilligung widerrufen und die Subvention zurückgefordert werden. Das bereitet in der Praxis oft Probleme. Die Autoren beleuchten typische Problemlagen bei der Rückforderung von Subventionen und beantworten die offene Streitfrage, wann der Rückforderungsanspruch eine Insolvenzforderung ist.

2300

Zur Rechtsprechung

Eduard Picker

Die Nutzungsbeeinträchtigung ohne Substanzverletzung als systemrelevantes Deliktsrechtsproblem

(BGH, NJW 2015, 1174)

2304

Bericht

Martin Weber

Die Entwicklung des Kapitalmarktrechts im ersten Halbjahr 2015

2307

Theo Langheid / Christoph Müller-Frank

Rechtsprechungsübersicht zum Versicherungsvertragsrecht im ersten Halbjahr 2015

2311

Kanzlei & Mandat

Hubert Fleindl

Eigenbedarfsstreit – Mandat und Prozessführung

2315

Buchbesprechungen

Udsching: SGB XI – Soziale Pflegeversicherung (*Ronald Richter*)

2318

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Dokumentation	18
„Spitzbuben in Robe“ (<i>M. Kleine-Cosack</i>)		Auf der Suche nach der Rechtsberatung der Zukunft (<i>A. Ziegenhagen</i>)		Rubrikenmarkt	25
Gesetzgebung	6	Standpunkt	14	web.report	28
Rechtsprechung in Kürze	6	Zum Scheitern verurteilt? (<i>G. Strate</i>)		Stellenmarkt	29
Entscheidung der Woche	10	Aus der Anwaltschaft	16	Beck'sche Zeitschriften	36
Nachrichten	10	Fristenkontrolle und Urlaubszeit (<i>K. Spelmeyer</i>)		Buchhinweise	38
Zahlen der Woche	10			Veranstaltungshinweise	40
				Kommendes Heft/Impressum	42

Rechtsprechung

EGMR	05.06.14 – 31021/08	Kein Recht der Mutter auf Auskunft über Kind nach Freigabe zur Adoption	2319
BVerfG	29.04.15 – 1 BvR 1849/11	Förmliche Entscheidung bei Ablehnung eines Beratungshilfeantrags	2322
BGH	10.06.15 – VIII ZR 99/14	Vorgetäuschter Eigenbedarf und Verzicht auf Schadensersatz im Vergleich	2324
BGH	07.05.15 – IX ZR 186/14	Keine Hinweispflicht des Steuerberaters auf zivilrechtliche Regressansprüche	2326
BGH	24.02.15 – XI ZR 193/14	Pflicht zur Bedienung von Staatsanleihen trotz Staatsnotstands – Argentinien-Anleihen	2328
BGH	06.05.15 – XII ZB 306/14	Nießbrauch an privilegiert erworbenem Grundstück im Zugewinnausgleich	2334
BGH	13.05.15 – IV ZR 138/14	Hältiger Miteigentumsanteil an einem Grundstück und Pflichtteilsanspruch	2336
BGH	04.03.15 – IV ZR 128/14	Zulässiger Ausschluss von Unfallschäden am eigenen Anhänger	2338
BGH	15.01.15 – I ZR 88/14	Internationale Zuständigkeit für Klage auf Zahlung von Maklerlohn in Verbrauchersache	2339
BGH	21.04.15 – VI ZR 132/13	Beweiskraft des Protokolls – Nachweis wirksamer Verkündung (Anm. J. Kaiser)	2342
BGH	16.04.15 – IX ZR 195/14	Überspannte Anforderungen an Beweisangebote und Parteivortrag (Ls.)	2344
BGH	06.05.15 – VII ZB 60/14	Fallstricke für Anwaltssozialitäten bei der Wiedereinsetzung	2344
OLG Frankfurt a. M.	25.02.15 – 2 UF 356/14	Pkw als Haushaltsgegenstand – Familiengerichtliche Zuständigkeit	2346
OLG Hamm	23.03.15 – 4 UF 211/14	Zuweisung der Ehemwohnung für die Dauer der Trennung	2349
OLG Frankfurt a. M.	12.05.15 – 21 W 67/14	Unwirksamer Erbvertrag zu Gunsten der Geschäftsführerin des Pflegedienstes	2351
OLG München	08.04.15 – 31 Wx 120/15	Haftungsausschluss der PartG bei GmbH-Fortführung – Eintragung (Anm. A. Miras)	2353
BGH	10.02.15 – 1 StR 405/14	Angaben zu Vorschenkungen in Schenkungsteuererklärung (Anm. F. Ruhmannseder)	2354
BVerwG	19.02.15 – 1 C 13/14	Löschung einer Suchmeldung aus der Lost Art Internet-Datenbank	2358
BAG	21.01.15 – 10 AZR 84/14	Rückzahlung von Provisionsvorschüssen – AGB-Kontrolle	2364
BFH	10.02.15 – IX R 23/13	Haltefristverletzung bei Verkauf unter aufschiebender Bedingung	2367



**magazin für
computer
technik**

8. 8. 2015

18

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2311

**Test: Smartphones
unter 120 Euro**

Die Waffen der Hacker

So funktionieren Exploit-Kits und Pass-the-Hash-Angriffe

Smarte Überwachungskameras

Radeon-300-Grafikkarten

Erster Test: Core i7-6700K

Office 2016 für Mac

Experiment Billigst-PC

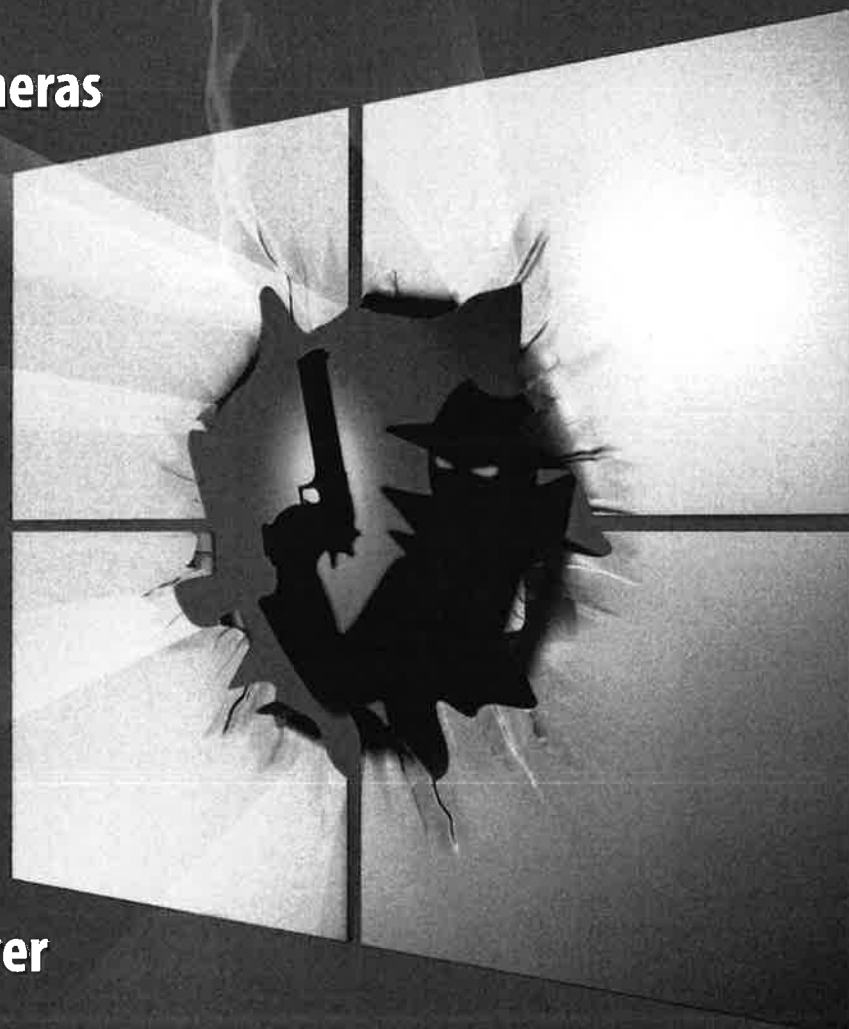
Ubuntu-Smartphones

Mufus am Raspi

Einstieg in Premiere Pro

Linux-Paketfilter nftables

Individueller YouTube-Player



In 22 Zeilen zum Ziel

Crash-Kurs Programmieren

Sprachauswahl · Lernplattformen · Hacken zum Spaß



€ 4,50

AT € 4,70 · CH CHF 6,90
LUX, BEL € 5,30
NL, IT, ES € 5,50

aktuell

Prozessorgeflüster: Zettascale – oder auch nicht	16
Windows 10: Eindrücke und Tipps zum Upgrade	20
Weiterbildung: Zertifikatsstudium Geodatenmanager	23
Overclocking-Prozessor: Core i7-6700K im Test	24
Spiele: Retro-Rollenspiel, Doping bei eSport	26
Server & Storage: Flash-Alternative 3D XPoint kommt	27
Embedded: LED-Tester, Funkmodule, Industrie-Board	28
Apple: 3D-Scanner, Betrüger-Apps, Mac App Store	30
Dolby Cinema: Kino-Gütesiegel findet Unterstützer	32
Audio/Video: 360-Grad-Videos in YouTube, Kodi 15	33
Smartphones: OnePlus 2, Moto X mit Holz und Leder	34
Linux: KDE Plasma Mobile, Debconf15	36
Apps: Videochat, Preisradar, Android-Launcher	37
Sicherheit: Stagefright-Bug, Jeep Cherokee gehackt	38
Internet: Mozilla vs. Microsoft, Google, Cookies	39
ITK-Industrie: Branchenreport der IG Metall	40
Peripherie: Riesiger 4K-Bildschirm, VR-Brille von c't	42
Netze: USB-WLAN-Adapter, Router mit Touchscreen	43
Forschung: Zukunftsstudie, weißer Laser	44
Anwendungen: CAD-Dateibetrachter, Formelsatz Office, Medienverwaltung, Bildbearbeitung, PDF	46
SAP-Testversion, Web-Fibu, Diktiersoftware	47
vertrac't: Der c't-NerdCube	48

Magazin

Vorsicht, Kunde: Regionalcode bei Xerox-Toner	68
Lexikon des NSA-Skandals: Tempora	72
Recht: Korrekturen der elektronischen Steuererklärung	140
Bücher: Betriebssysteme, Cryptocurrency, Joomla	182
Story: Glaziale Zufriedenheit, Teil 2 von Arno Endler	188

Internet

Programmieren lernen: Online-Kurse	124
Spielerisch üben im Netz	130
Web-Tipps: Computer im Film, CPU-Codes, Fußball	180

Software

Webkonferenz-Software: Apache OpenMeetings	58
RSS-Reader: Litenin läuft fix im Browser	58
GPS-Tracker: GeoTracker für Android	58
Office-Paket: MS Office 2016 für Mac	110
Office 365: Mobilgeräteverwaltung mit MDM	134
Visual Studio 2015 baut Apps für alle Plattformen	138
Spiele: F1 2015, Ronin	184
Vector Thrust, Breach & Clear: Deadline	185
Divide by Sheep, Incredipede, Indie-Tipps	186



Die Waffen der Hacker

Kleinkriminelle haben heute eine Alternative zur Drogendealer-Karriere: Mit Exploit-Kits können sich auch Computer-Laien erpresserische Schädlinge zusammenklicken. Wir beleuchten die Infrastruktur krimineller Cyber-Gangs und erklären, wie die Angriffe der Profis technisch funktionieren.

Die Basis von Cyber-Crime: Exploit-Kits	78	Der Handel mit Exploits	87
Das Exploit-Kit RIG	84	Angriff via Pass the Hash	88

Erster Test: Core i7-6700K	24
Ubuntu-Smartphones	66
Radeon-300-Grafikkarten	98
Smarte Überwachungskameras	104
Individueller YouTube-Player	152
Einstieg in Premiere Pro	158
Mufus am Raspi	172
Linux-Paketfilter nftables	176



Experiment Billigst-PC

Einen PC mitsamt SSD bauen, wenn das Budget gerade einmal 180 Euro hergibt, das geht nicht? Doch! Wir haben es ausprobiert und damit sogar gearbeitet.

Test: Smartphones unter 120 Euro

Schon für 75 Euro bekommt man ein Smartphone, mit dem man im Prinzip alles machen kann: surfen, WhatsApp, telefonieren, fotografieren. Wir haben bei sechs aktuellen Billig-Smartphones getestet, wie weit man damit kommt.



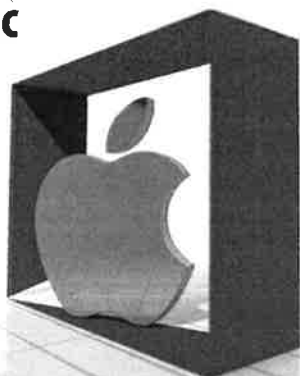
92

Hardware

NAS-Leergehäuse: WD My Cloud EX2	50
Heim-NAS: Seagate Personal Cloud 8TB	50
Fitness-Tracker: TalkBand B2 mit Headset-Funktion	50
Android-Smartphone: Motorola Moto G (3. Gen.)	52
Stativhalterung für Smartphones	52
iPod touch: Mobile Spielkonsole und Medienspieler	54
Drahtlose Maus: Logitech MX Master	54
Noise-Canceling-Headset: Samsung Level On	56
Mainboard mit historischen Schnittstellen	56
Android-Tablet: Sony Xperia Z4 Tablet	60
Virtual-Reality-Brille für Samsung Galaxy S6	62
Compute Stick: Winziger Linux-PC mit HDMI	63
Mini-PC: Günstiger Celeron-NUC mit 4K per HDMI	64
Ubuntu-Smartphones von BQ und Meizu	66
Experiment Billigst-PC: Selbstbau unter 180 Euro	74
Billig-Smartphones unter 120 Euro	92
Grafikkarten: Die Serie AMD Radeon 300	98
Smarte Überwachungskameras: Mit App und Cloud	104

Office 2016 für Mac

Noch vor der Windows-Version hat Microsoft die Mac-Variante seiner Office-Suite auf den neuesten Stand gebracht. Dank identischer Oberfläche beider Versionen gibt sie auch einen Vorgeschmack auf das bis Jahresende erscheinende Office 2016 für Windows.



110

Crash-Kurs Programmieren

Programmieren ist kein Hexenwerk: Mit unserem Python-Crashkurs kommen Sie in nur 22 Codezeilen zu Ihrem ersten nützlichen Programm. Gut gemachte Online-Kurse und spannende Programmierwettbewerbe ebnen Ihnen den Weg vom reinen Anwender zum Programmierer.

Die passende Programmiersprache finden	114
Programmieren lernen mit Python	118
Online-Kurse	124
Programmieren zum Spaß	130

Know-how

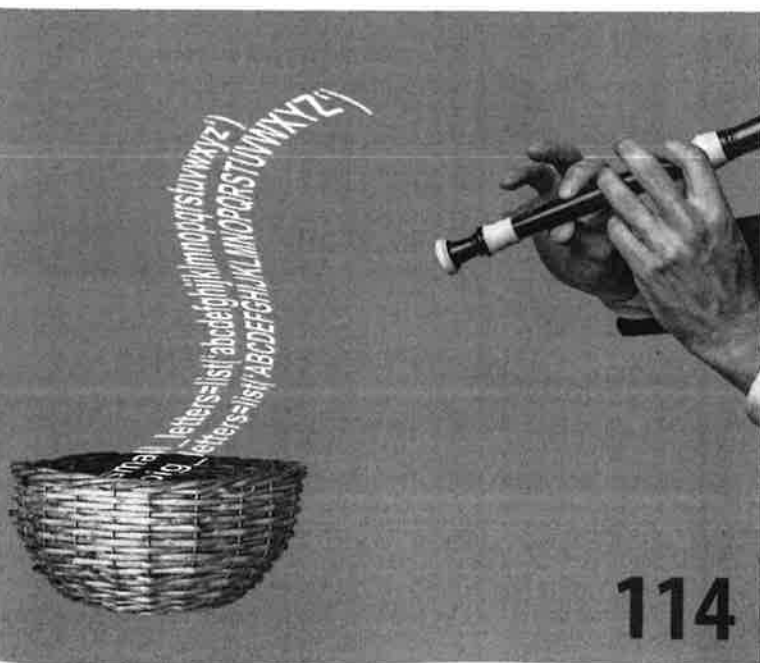
Die Waffen der Hacker: Exploit-Kits	78
Das Exploit-Kit RIG	84
Der Handel mit Exploits	87
Angriff via Pass the Hash	88
Crash-Kurs Programmieren: Die passende Sprache	114
Programmieren lernen mit Python	118
Linux-Paketfilter nftables: Wissen und Praxis	176

Praxis

Hotline: Tipps und Tricks	142
FAQ: c't Bankix und Surfix	146
Desinfec't umbauen und erweitern	148
YouTube-Player maßgeschneidert	152
Videobearbeitung mit Premiere Pro CC 2015	158
Kinder: Let's-Play-Videos produzieren	166
Windows-Treiber: Von Microsoft oder vom Hersteller?	170
Mufus am Raspi: Binäre x86-Linux-Treiber nutzen	172

Ständige Rubriken

Editorial	3
Leserforum	10
Schlagseite	15
Stellenmarkt	199
Inserentenverzeichnis	200
Impressum	201
Vorschau	202



114

c't

INHALT

GENERALSEKRETÄR



Städte der Menschlichkeit

Leider wird diese Ausgabe von tragischen Momenten in der Stadt Graz überschattet. Ein Ereignis, nach der keine Stadt wieder zur Tagesordnung übergehen kann. An dieser Stelle möchten wir den Opfern, den Angehörigen und den Betroffenen unser großes Mitgefühl aussprechen. Besonders hervorzuheben ist, wie gut es Graz gelungen ist, mit dieser Situation umzugehen: der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Menschlichkeit und das rasche Handeln aller Verantwortlichen war beeindruckend. Der Städtebund wünscht Graz viel Kraft bei der Bewältigung des Geschehenen. Die vorliegende Sommer-ÖGZ widmet sich traditionell dem Österreichischen Städtetag, der diesmal zum 65. Mal ausgetragen wurde und in Wien stattfand. Hochkarätige Gäste wie Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesministerin Sabine Oberhauser, Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Landeshauptmann Erwin Pröll, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer sowie zahlreiche BürgermeisterInnen und KommunalvertreterInnen fanden sich im Wiener Rathaus ein. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen das Bevölkerungswachstum in Städten, das künftige urbane Zusammenleben sowie die Finanzierung kommunaler Leistungen.

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

Seite 2
Editorial des Generalsekretärs
des Österreichischen Städtebundes
Generalsekretär Thomas Weninger

Seite 3
Vorwort des Präsidenten
des Österreichischen Städtebundes
Bürgermeister Michael Häupl

Impressum

Seite 4–7
STÄDTEBUND AKTUELL
Diverse Kurzmeldungen aus dem Städtebund

Seite 8–11
KOMMUNALNEWS
Aktuelles aus den Städten

Seite 12–41
Schwerpunkt-Thema: STÄDTETAG 2015

Auftakt zum 65. Städtetag in Wien
Seite 12–15

Festrednerin Mariana Mazzucato
Seite 16–17

Pressekonferenz vor der Eröffnung
Seite 18–19

„Resolution einstimmig beschlossen“
Seite 20

„Ehrenmitgliedschaft verliehen“
Seite 21

Arbeitskreis 1: Leistbares Wohnen in Städten
Seite 22–23

Arbeitskreis 2: Infrastrukturfinanzierung und Stabilitätspakt
Seite 24–25

Arbeitskreis 3: Kinderbetreuung als öffentliche Investition
Seite 26–27

AK 4: Soziale Innovation als Instrument d. Stadtentwicklung
Seite 28-29

Arbeitskreis 5: Städte und Gemeinden im digitalen Zeitalter
Seite 30-31

Arbeitskreis 6: Kultur als Grundversorgung
Seite 32-33

Abschlussdiskussion mit Finanzminister Schelling
Seite 34-35

Abschlussbericht Generalsekretär Thomas Weninger
Seite 36-37

Der Städtetag 2015 in Bildern ...
Seite 38-41

Seite 42-53
MAGAZIN
Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen

Seite 54-55
FINANZEN
Ertragsanteilsvorschlüsse für Juni und Juli 2015

Seite 56-58
RECHT
Univ.-Prof. i.R. Dr. Ferdinand Kerschner; Dr. Clemens Lintschinger

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 7/8/2015 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.ⁱⁿ Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.^a Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag. Gerald Leimlehner, Grafische Gestaltung: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2015: 10 Ausgaben • Coverfoto: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

PRÄSIDENT



Städte müssen investieren

Österreichs Städte rechnen in den kommenden Jahren mit einem enormen Bevölkerungszuwachs. Laut Statistik Austria werden in Österreich bis 2030 über 9,2 Millionen Menschen leben. Vor allem städtische Regionen wie die Landeshauptstädte und deren Umland (u.a. Wien, Innsbruck, Graz, Eisenstadt, Zentralraum Linz-Wels) werden stark zunehmen. Der Zustrom stellt Stadtregionen vor große Herausforderungen, die das künftige urbane Zusammenleben sowie die Finanzierung kommunaler Dienstleistungen beeinflussen werden. Trotz schwieriger Zeiten konnten diese Leistungen bisher in unverminderter Qualität angeboten werden – doch es ist offensichtlich, dass der Finanzausgleich dringend einer Reform bedarf. Er soll sich künftig an den tatsächlichen Aufgaben orientieren, anstelle der Anzahl der festen Wohnsitze. Öffentliche Investitionen in die Daseinsvorsorge sollen nicht auf die Kriterien im Fiskalpakkt sowie Stabilitäts- und Wachstumspakt angerechnet werden dürfen, denn sie sind Investitionen in die Zukunft der nächsten Generationen. Und funktionierende Städte fördern die Entwicklung des gesamten Landes, auch in ländlichen Regionen. Damit es den Städten gelingt, das hohe Niveau ihrer Leistungen aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln, ist ein aufgabenorientierter Finanzausgleich unumgänglich. Nur so bleiben Städte ein attraktiver Lebensraum.

Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes



Neues unter
www.cr-online.de:

Kompromissvorschlag der EU-Kommis-
sion v. 28.4.2015 zur EU-Single MarketVO

Computerrecht

- Fabian Schuster/Sven Hunzinger** – Vor- und nachvertragliche Pflichten beim IT-Vertrag – Teil II: Nachvertragliche Pflichten 277
- Nutzung zur Ausstellung von Personaldokumenten erhobener biometrischer Daten zu anderen Zwecken
EuGH: Urteil vom 16.4.2015 286
- Kein Unterlassungsanspruch wegen Datenschutzverstoß durch Kfz-Haftpflichtversicherer
OLG Oldenburg: Urteil vom 23.12.2014 288
- Verlängerung des Softwarenutzungsvertrages durch Hauptlizenznehmer
OLG Dresden: Urteil vom 29.4.2014 289

Telekommunikationsrecht

- Michael Weise/Stefan Brühl** – Auswirkungen eines künftigen IT-Sicherheitsgesetzes auf Betreiber Kritischer Infrastrukturen *Herausforderungen für Strom- und Gasnetzbetreiber bei der verpflichtenden Implementierung eines ISMS nach ISO 27001 ff.* 290
- Bestandskraft von BNetzA-Entscheidung – Festlegung Tagesneuwerte II
BGH: Beschluss vom 16.12.2014 294
- Widerlegung der tatsächlichen Vermutung für Wiederholungsgefahr bei unerwünschter E-Mail-Werbung
OLG Hamm: Hinweisbeschl. 9.12.2014 296
- Wert der Beschwer des zur Löschung von Online-Unternehmensbeurteilungen Verurteilten
OLG Koblenz: Beschluss vom 2.4.2014 (Ls.) 297

CRaktuell

- Computerrecht aktuell R47
- TK-Recht aktuell R47
- Medienrecht aktuell R48
- Report aktuell R50
- Tagungsberichte R51
- Impressum R55

Medienrecht

- Reto Mantz/Thomas Sassenberg** – Die Neuregelung der Störerhaftung für öffentliche WLANs – Eine Analyse des TMG-RefE v. 11.3.2015 *Warum der Referentenentwurf die Verbreitung von WLANs nicht fördern wird* 298
- Konkludente Einwilligung in Fotoveröffentlichung in Eventportal
BGH: Urteil vom 11.11.2014 306
- Organhaftung des Geschäftsführers für Online-Urheberrechtsverletzungen – Parfümfotos bei eBay
OLG Köln: Urteil vom 5.12.2014 307
- Vertriebsbezogene Behinderung durch Bots für Computerspiele
OLG Hamburg: Urteil vom 6.11.2014 308
- Schadensersatz bei eBay-Auktionsabbruch – „Abbruchjäger“
OLG Hamm: Urteil vom 30.10.2014 314
- Störerhaftung eines Registrars
OLG Saarbrücken: Urteil vom 22.10.2014 317

Kein Verlust der Rechtmäßigkeitsfiktion für Widerrufsbelehrung bei folgenloser Abweichung von Musterbelehrung OLG Frankfurt: Urteil vom 7.7.2014	319
Haftung eines Preissuchmaschinenbetreibers für Markenverletzungen OLG Braunschweig: Urteil vom 2.4.2014	321
Haftung von Suchmaschinen für Persönlichkeitsverletzungen durch Trefferliste LG Heidelberg: Urteil vom 9.12.2014	326
Haftung des Suchmaschinenbetreibers für rechtswidrige Snippets LG Hamburg: Urteil vom 7.11.2014	329
Zulässige Weiterempfehlungsfunktion auf Online-Plattform LG Arnsberg: Urteil vom 30.10.2014	331
Automatisch generierte Antwortmail keine Angabe zur schnellen und unmittelbaren Kontaktaufnahme LG Berlin: Urteil vom 28.8.2014	333
Keine Pflichtverletzung des Anschlussinhabers durch werksseitig vorgegebenes Router-Passwort – „Alice-Modem“ AG Hamburg: Urteil vom 9.1.2015	335
Keine Haftung für Klinik-WLAN AG Frankfurt/M.: Urteil vom 16.12.2014	337

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Centrale für Mediation, Köln, bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Report

Torsten Gerhard – Vereinbarkeit einer Verbandsklage im Datenschutzrecht mit Unionsrecht <i>Grundsätzliche Fragen zur Rechtmäßigkeit des UKlaG-E v. 4.2.2015 (BT-Drucks. 18/4631) aus Sicht des EU-Rechts</i>	338
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

CRonline

Portal zum IT-Recht



Expertenblog



Gesetzgebungsreport



RSS-Feeds



Newsletter

Schauen Sie einfach mal rein:



www.cr-online.de



Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung

Herausgegeben von Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb, Köln | Prof. Dr. Hans Christoph Grigoleit, München (LMU) | Prof. Dr. Thomas Gutmann, Münster | Prof. Dr. Hans-Peter Haferkamp, Köln | Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Heun, Göttingen | Prof. Dr. Tatjana Hörnle, Berlin (HU) | Prof. Dr. Abbo Junker, München (LMU) | Prof. Dr. Dr. h.c. Urs Kindhäuser, Bonn | Prof. Dr. iur. Frank Neubacher M.A., Köln | Prof. Dr. Anne Peters LL.M., Heidelberg/Basel | Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, Heidelberg | Prof. Dr. Helmut Satzger, München (LMU) | Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Würzburg | Prof. Dr. Ewald Wiederin, Wien | Prof. Dr. Joachim Wieland, Speyer

Schriftleitung: Prof. Dr. Johannes Rux, Tübingen/Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Michael von Landenberg-Roberg/Markus Sehl
Genetische Argumentation als rationale Praxis 135

Andrea Edenharter
Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften vor dem Hintergrund
europäischer Grundrechtsvereinheitlichung und kultureller Diversifizierung 167

Johanna Wolff
Eine Annäherung an das Nudge-Konzept nach Richard H. Thaler und Cass R. Sunstein
aus rechtswissenschaftlicher Sicht 194

Rezensionsaufsatz

Antje du Bois-Pedain
Strafrechtliche Praxisformen jenseits des Nationalstaats (*Swoboda und Meyer*) ... 223

Michael Kloepfer
Das Handbuch Gesetzgebung (*Kluth/Krings*) 234

Tagungen und ihre Folgen

Pia Lange/Felix Kazimierski

RECHTSFRIEDEN – FRIEDENSRECHT 240

Pierre Thielbörger

Zur Tagung der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht in Gießen 249

Schriftleitung:

Prof. Dr. Johannes Rux (V.i.S.d.P.) | Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG | Waldseestrasse 3-5 | D 76530 Baden-Baden | Tel.: + 497221/210425 | Fax: + 497221/210427 | Mail: rux@nomos.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben pro Jahr

Bezugspreise 2015: Jahresabonnement incl. Onlinezugang Privatbezieher 174,- €, Institutionen 269,- €, Einzelheft 38,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MWSt, zzgl. Vertriebskostenanteil.

Bestellmöglichkeit: Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist: jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell: Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: DE07 6601 0075 0073 6367 51 (IBAN), PBNKDEFF (BIC) oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: DE05 6625 0030 0005 0022 66 (IBAN), SOLADES1BAD (BIC)

Druck und Verlag: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG | Waldseestrasse 3-5 | D-76530 Baden-Baden | Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27 | E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen: Sales friendly Verlagsdienstleistungen | Pfaffenweg 15 | 53227 Bonn | Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820 | E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte: Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionen keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

ISSN 1868-8098



Nomos

www.rechtswissenschaft.nomos.de



I. DAS BESONDERE URTEIL

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Accession of the EU to the ECHR and the Autonomy of EU Law – Opinion 2/13 of the ECJ | 30 |
| 2. Judgments of the ECJ Do not Bind Courts in Sweden if Their Application Would Result in a Manifest Violation of the ECHR | 42 |

II. IM FOKUS

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Economic Considerations in the Reasoning of the Court of Justice of the European Union | 45 |
|----------------------------------------------------------------------------------------|----|

III. IN KÜRZE

- | | |
|----------|----|
| In Brief | 58 |
|----------|----|

Board of Editors

PROF. DR. DR.
CARL BAUDENBACHER
LUXEMBURG/
ST. GALLEN (PRÄSIDENT)

PROF. DR. DR.
GENERALDIREKTOR A.D.
WALTER BARFUß
WIEN

FÜRSTLICHER RAT
ALT REGIERUNGSCHEF
HANS BRUNHART
VADUZ

PROF. DOTT.
ALDO FRIGNANI
AVVOCATO
TORINO

PROF. DR.
CHRISTIAN KOHLER
SAARBRÜCKEN

RECHTSANWALT DR.
FRANK MONTAG
BRÜSSEL

DR. SVEN NORBERG
BRÜSSEL

